

04 Erziehung 2018 und Wissenschaft

www.gew-sachsenanhalt.net

1. April 2018

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt



Seit Jahren mahnt die GEW beharrlich eine andere Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt an. Nun stimmen auch Landesminister der GEW zu und gehen auf deren Initiativen ein. Und es liegen endlich Berechnungen und Schlussfolgerungen einer Expertengruppe der Landesregierung über den Lehrkräftebedarf und dessen Ausbildung vor. Es kommt also endlich Bewegung in die Lehrerbildung ...

□ Aktuell:

- Tarifrunde TVöD 2018
- Betriebsratswahlen
- Lehrermangel in Mitteldeutschland
- Aktion „Lehrerarbeitszeit“

□ Titelthema

Lehrerbildung:

- 1.000 Erstsemester
- BbS-Lehrkräftebedarf
- Vorbereitungsdienst

□ Tarif + Recht:

- Flexibler Unterrichtseinsatz
- Anrechnungsstunden an Fachgymnasien





Prof. Dr. Hans-Dieter Klein,
verantwortlicher Redakteur der EuW

Kommentiert: **Kindeswohl**

Die Empörung und öffentliche Entrüstung war groß, als bekannt wurde, wie die Umsetzung eines richterlichen Sorgerechtsbeschlusses für ein achtjähriges Mädchen in Helbra (Landkreis Mansfeld-Südharz) vollzogen wurde. Man kann sich gar nicht vorstellen und, offen gesagt, möchte ich das auch nicht, was in so einer kleinen Persönlichkeit vorgeht, wenn der Gerichtsvollzieher, begleitet von drei Streifenwagen der Polizei, in der Grundschule auftaucht, um es aus der Schule zu nehmen. Von Angstschreien und körperlichem Widerstand war zu hören, aber auch von Hilflosigkeit der mit dem Vollzug des Gerichtsbeschlusses Beauftragten. Über die Aufnahme des Vorgangs durch die 200 Schülerinnen und Schüler kann man nur Vermutungen anstellen. Es ist sicher schon bedrückend genug, wenn ein Gerichtsvollzieher kommt, um Wertsachen zur Begleichung von Schulden einzuziehen. Wie muss es aber erst sein, wenn es nicht um Sachen, sondern um einen kleinen heranwachsenden Menschen geht. Der nimmt die Handelnden wahr, fühlt sich völlig allein einer aus seiner Sicht übermächtigen Gewalt ausgesetzt. Darf der Staat selbst per Gesetzeskraft so in das Leben eines Schutzbefohlenen eingreifen? Darf die Justiz in das Leben eines schulischen Gemeinwesens so eingreifen, dass es in den Ruf gerät, nicht Schutzraum zu sein? Die GEW hat deshalb zu Recht sofort reagiert und dieses hoffentlich einmalige Ereignis zum Anlass genommen, vorbeugend einzuschreiten. Sie erklärte: „Schule muss ein Schutzraum sein, sie lebt entscheidend vom gegenseitigen Vertrauen und Respekt. Erleben Kinder schon im Grundschulalter, dass Mitschüler unter lautem Protest von der Polizei aus der Schule geführt werden, droht die Auflösung dieser wichtigen Bindungen.“ Auch für die Lehrkräfte und die beteiligten Polizisten seien solche Situationen hochgradig belastend. Dem ist nur zuzustimmen. Zugleich entspricht dies dem Ethos der Bildungsgewerkschaft, sich vor die Kinder und Jugendlichen genauso wie vor die Kolleginnen und Kollegen an den Bildungseinrichtungen zu stellen. Das findet auch in der Mitgliedschaft breite Unterstützung und schafft Vertrauen. Das Kindeswohl muss auch bei der Umsetzung von Sorgerechtsentscheidungen im Mittelpunkt stehen. Deshalb darf man auf die angekündigten Absprachen der drei beteiligten Ministerien und die Befassung durch den Landtag gespannt sein.

Hans-Dieter Klein

Kommentiert: **Nachhilfe aus Sachsen für Sachsen-Anhalt**



Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt

Nun also hat auch Sachsen reagiert. Im kürzlich vorgelegten sogenannten „Handlungsprogramm“ werden verschiedene Vorschläge gemacht, wie der aktuelle Mangel an Lehrkräften bekämpft werden kann. Der wichtigste für Sachsen ist sicherlich die Verbeamtung aller Kolleginnen und Kollegen bis zum 42. Lebensjahr. Damit entfällt dieser scheinbare Vorteil für Sachsen-Anhalt und manch sächsische Lehrkraft, die allein der Verbeamtung wegen bei uns arbeitet, wird sich überlegen, ob der Weg zur Schule nicht künftig kürzer sein und innerhalb von Sachsen liegen könnte. Aber es gibt auch weitere Ideen, die sich die Landesregierung von Sachsen-Anhalt anschauen könnte, ehe das große Erwachen kommt und die Bewerberinnen und Bewerber auf Stellen für Lehrkräfte eben die attraktiveren Bedingungen, vor allen die bessere Bezahlung wählen. A13/E13 für Grundschullehrkräfte, bessere Bezahlung für Schulleitungen, funktionslose Beförderungsstellen in den Schularten mit den Sekundarstufen I und II, Anwärtersonderzuschläge und Einstellungsgarantien, Erhöhung der Anrechnungsstunden für Seiteneinsteiger*innen bei Fort- und Weiterbildung,

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Kindeswohl	2
Kommentiert: Nachhilfe aus Sachsen für Sachsen-Anhalt	2
Tarifverhandlungen für die Kommunen 2018: Streiks in Kitas werden wahrscheinlicher	3
Deine Stimme zählt: GEW in den Betriebsrat!	3
Programm „Leistung macht Schule“: Gezielte Förderung benötigt mehr Personal	4
Vertrauenspersonen der Volksinitiative bei Ministerpräsident: Bekenntnis zur Beseitigung des Lehrkräftemangels	4
GEW informierte Gäste der Buchmesse: Lehrkräftemangel verschärft sich in Mitteldeutschland	4
GEW-Aktion „Lehrerarbeitszeit“: Das Maß ist voll!	5
Für demokratische Alltagskultur: GEW gehört zu Erstunterzeichner*innen	6
Eine Meinung: Verfall der Diskussionskultur aufhalten	6

Titel-Thema: Lehrerbildung

Gewerkschaftliches Handeln zeigt Wirkung: Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt kommt in Bewegung	7
Podiumsdiskussion zum Thema Lehrerbildung: 800 Erstsemester und fünf Millionen Euro	8
Bundesweiter Bedarf an BbS-Lehrkräften: Bis 2025 knapp 22.000 zusätzliche Lehrkräfte	9
Forum Vorbereitungsdienst: Sechs Monate unter neuen Bedingungen	9
Neuorientierung der Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt: Was hat die GEW erreicht? Was bleibt für uns zu tun?	10
GEW-Aktion „Lehrerarbeitszeit“	
Mehr- und Minderzeiten: Flexiblen Unterrichtseinsatz in vollem Umfang anrechnen	12
Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte: Anrechnungsstunden an Fachgymnasien der BbS	12
Mitgliederwerbung	
Argumentationshilfe: Das A und O der Mitgliederwerbung	13
Bildungsangebote	
GEW KV Mansfeld-Südharz: 20. Bildungstag	14
Einladung zum Workshop: „ Exposéschreibwerkstatt “	14
Seminar für LiV: „ Schulrechtstest? Kein Problem! “	14

das sind alles Maßnahmen, die die GEW Sachsen-Anhalt auch schon lange diskutiert bzw. vorgeschlagen hat. Attraktiv sind sie allemal für künftige Bewerberinnen und Bewerber. Die Nachhilfe ist nur bei unserer Landesregierung entweder nicht angekommen oder nicht angenommen worden.

Das Programm „Senior-Lehrkräfte“ – Lehrkräfte sollen über das 63. Lebensjahr hinaus animiert werden, im Schulbetrieb zu bleiben, um LiV auszubilden, Schulleitungen zu unterstützen oder auch zu unterrichten. Auch das Programm „Schulassistenz“ klingt hochinteressant und ausbaufähig. Und das Modell „Flexi-Teilzeit“ erinnert an die von uns als GEW Sachsen-Anhalt der Landesregierung vorgeschlagenen Arbeitszeitkonten. Es ist sehr zu hoffen, dass Minister Tullner und seine Mannschaft nicht weiter nach dem Prinzip Hoffnung agieren. Sie müssen handeln! Sachsen hat vorgelegt, Brandenburg und Berlin auch – zumindest was die gleiche Bezahlung für Grundschullehrkräfte angeht. Es wird für Sachsen-Anhalt eng beim Kampf um die neuen Lehrkräfte. Denkanstöße und Nachhilfe muss man auch annehmen.

Eva Gerth

Näheres zu den Entwicklungen in Sachsen unter: [https://www.gew-sachsen.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gerechtigkeit-geht-anders-gew-sachsen-zum-handlungsprogramm-der-staatsregierung -1/](https://www.gew-sachsen.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gerechtigkeit-geht-anders-gew-sachsen-zum-handlungsprogramm-der-staatsregierung-1/)

Tarifverhandlungen für die Kommunen 2018: Streiks in Kitas werden wahrscheinlicher

(EuW) Nachdem auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen am 16. März 2018 die Arbeitgeber kein Verhandlungsangebot vorgelegt hatten, sprach die Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt sich dafür aus, die Vorbereitungen für Streikmaßnahmen auch in Sachsen-Anhalt zu intensivieren.

„Es ist leider so, dass die Arbeitgeber wieder an ihren alten Ritualen festhalten. Sie sagen, was nicht geht! Sie sagen jedoch nicht, was geht. Unter diesen Voraussetzungen sind wir gezwungen, Streiks auch in Kindertageseinrichtungen vorzubereiten, auch wenn wir gehofft hatten, dass es in diesem Jahr mehr Spielraum für Verhandlung gibt,“ betonte Gerth.

Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe erklärte, dass „die Gehälter im öffentlichen Dienst seit 2000 weniger stark gestiegen sind als in der Gesamtwirtschaft. Die Lücke

beträgt rund vier Prozent und muss schrittweise geschlossen werden“. Steigende Reallöhne seien wichtig, um die Binnenkonjunktur weiter anzukurbeln.“ Zudem habe die öffentliche Hand im vergangenen Jahr einen Rekordüberschuss von 38,4 Milliarden Euro eingefahren. „Dafür haben die Beschäftigten mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen geschaffen, nun müssen sie an dieser Entwicklung beteiligt werden“, so Tepe.

Unter dem Eindruck deutlich gestiegener Steuereinnahmen hatten die Gewerkschaften in diesem Jahr eine Tariferhöhung von sechs Prozent, mindestens aber 200 Euro monatlich, gefordert.

Hintergrund der Tarifrunde ist auch, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Kindertagesstätten sich aufgrund des deutlichen Personalmangels in den letzten zwei Jahren weiter verschlechtert haben. Arbeitsverdichtung und wachsende Anforderungen bei der Umsetzung des gesetzlichen Bildungs- und Betreuungsauftrages führen

zu überdurchschnittlich hohen Krankenständen, nicht nur bei älteren Beschäftigten. Der Großteil der Erzieherinnen und Erzieher in Tageseinrichtungen wird aufgrund wechselnder Personalbedarfe mit Teilzeitverträgen beschäftigt, die sie zugleich verpflichten, bedarfsbedingte Arbeit auf Abruf zu leisten. In dieser Situation sind Einkommensverbesserungen nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig, um die Attraktivität des Berufes zu erhalten.

Die GEW wird die Tarifbeschäftigte in den städtischen Kitas, an den kommunalen Schulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen zu Warnstreiks aufrufen. Am 19. März fand der erste Warnstreik in Sachsen-Anhalt, u.a. an einer Kita in Haldensleben, statt.

Die dritte Verhandlungsrounde findet am 15. und 16. April in Potsdam statt. Es wird für rund 2,3 Millionen bei Bund und Kommunen Beschäftigte verhandelt.



Auch GEW-Kolleginnen und -Kollegen machten unmittelbar vor der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen am 12. März in Potsdam noch einmal Druck für ihre Forderungen.



Fotos: Daniel Merbitz (2)

Deine Stimme zählt:

GEW in den Betriebsrat!

(EuW) Noch bis zum 31. Mai 2018 werden turnusgemäß die Betriebsräte neu gewählt. In den vergangenen Wochen haben über fünfzig Wahlvorstandsmitglieder von freien Trägern der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe die Schulungsangebote der GEW genutzt, um die Abläufe rechtssicher zu organisieren.

Für die Mitarbeit in den neuen Betriebsräten kandidieren GEW-Mitglieder in 25 Sozialunternehmen mit etwa 4.500 Beschäftigten in Kitas, Jugendhilfeeinrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie an privaten Schulen. In enger Kooperation mit ihrer Gewerkschaft wollen sie sich für eine weitere Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung und der innerbetrieblichen Demokratie engagieren. Dafür benötigen sie die Unterstützung der Beschäftigten. In den nächsten vier Jahren wird es vor allem darum gehen, die Arbeits- und Entgeltbedingungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den Gesundheitsschutz weiter zu verbessern.

Auch um die Sicherung des Berufsnachwuchses und um die altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze werden sich die Betriebsräte in den kommenden Jahren kümmern müssen. Die GEW-Kandidatinnen und -Kandidaten kennen die Probleme vor Ort und sind untereinander und mit den Expertinnen und Experten der GEW gut vernetzt. Die GEW macht ihre Betriebsräte fit in allen wichtigen Rechts- und Wirtschaftsangelegenheiten. Sie unterstützt die Betriebsräte beim Abschluss von Betriebsvereinbarungen und bei der Durchsetzung von tarifvertraglichen Ansprüchen. Wir wollen, dass die Beschäftigten ihre Ideen und Vorschläge in die betrieblichen Abläufe einbringen können. Wir stehen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern, scheuen aber auch nicht die Auseinandersetzung, wenn die Beschäftigteninteressen nicht beachtet werden. Eine faire Partnerschaft im Betrieb und gerechte Arbeitsbedingungen für alle – dafür stehen die GEW-Betriebsräte.



Programm „Leistung macht Schule“: Gezielte Förderung benötigt mehr Personal

(EuW) Zum Start des Programms „Leistung macht Schule“ am 21. Februar durch Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten Reiner Haseloff begrüßte die GEW Sachsen-Anhalt die Bereitstellung zusätzlicher Mittel, machte aber gleichzeitig auf die Vielzahl fehlender Lehrkräfte an nahezu allen Schulen aufmerksam. Damit fehlen auch vielerorts notwendige Fördermöglichkeiten für alle Kinder. Die weitere Überwindung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich ist jedoch ein ausgesprochen gutes Signal. An der Förderung über zehn Jahre nehmen acht Schulen in Sachsen-Anhalt teil. Dazu

erklärte Eva Gerth, Landesvorsitzende der GEW: „Jeder hundertste Schule im Lande Mittel zur Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler bereitzustellen, ist nicht verkehrt, aber deutlich zu wenig. Allerdings begrüßen wir ausdrücklich den Ansatz einer gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern.“ Momentan fehle an allen Ecken und Enden des Schulsystems pädagogisches Personal in ungekannten Größenordnungen. Der Unterrichtsausfall erreiche unverantwortliche Höhen, an Förderung sei da meistens gar nicht zu denken. „Ziel der Politik muss es sein, alle Schülerinnen und Schülern zum

bestmöglichen Abschluss zu führen. Dafür brauchen die Lehrkräfte Zeit und die Schulen Personal.“ Ideen und Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Bund und Ländern seien hier äußerst nützlich und müssten zügig weiter ausgebaut werden. Allerdings müsse in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, dass die fachlichen Korrespondenzirkel unter Bildungsminister Marco Tullner nicht weitergeführt wurden. „Hier wurden vor kurzem bewährte Strukturen zusätzlicher Förderung ohne Not abgebaut, die landesweit vielen Schülerinnen und Schülern zugute kamen“, sagte Gerth abschließend.

Vertrauenspersonen der Volksinitiative bei Ministerpräsident: Bekenntnis zur Beseitigung des Lehrkräftemangels



Foto: Jan Schirmer

(EuW) Nachdem der Landtag einen entsprechenden Beschluss (→ EuW 03/2018, S. 3) gefasst hat, kam es am 22. Februar auf Einladung des Ministerpräsidenten zu einem Gespräch zwischen den Vertrauenspersonen der Volksinitiative gegen den Lehrkräftemangel und Kabinettschef Reiner Haseloff. Im Mittelpunkt standen die Umsetzungsmöglichkeiten, die Einstellungen tatsächlich zu erreichen, und die Ziele der Lehrkräfteausbildung. In einer anschließenden Pressekonferenz in der Staatskanzlei, betonten die Vertreter*innen der Volksinitiative, sehr genau die Umsetzung der Landtagsbeschlüsse im Regierungshandeln verfolgen zu wollen.

GEW informierte Gäste der Buchmesse: Lehrkräftemangel verschärft sich in Mitteldeutschland



Foto: Fabian Wolff

(EuW) Unter dem Titel „Lehrer*innen-Mangel in Deutschland – Ende der Bildungsrepublik oder Chance für ein Bildungszukunftsland?“ luden die GEW-Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 15. März zu einer gemeinsamen Pressekonferenz auf die Leipziger Buchmesse ein.

Die Landesverbände der GEW in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sehen weiterhin mit großer Sorge auf die Entwicklung des Lehrkräftebestandes in den nächsten Jahren. Von einer auskömmlichen und normalen Situation an den Schulen kann in keinem der drei Bundesländer mehr die Rede sein. Statt wechselseitiger Abwerbungen von Lehrkräften sollten Anstrengungen, Erfahrungen und Ressourcen möglichst langfristig gebündelt werden.

Die drei Vorsitzenden der GEW-Landesverbände warfen gemeinsam einen Blick auf die Situation und mögliche Entwicklungen an den Schulen in Mitteldeutschland. Dabei zeigen sich für die einzelnen Länder verschiedene Ausmaße und Ausprägungen des Mangels, die Ursache dafür ist aber überall gleich: Über viele Jahre wurde die Lehrkräfteausbildung aufgrund rigider Personalkürzungspolitik straflich vernachlässigt.

Sachsen-Anhalt kämpft mit einem enormen Mangel an Lehrkräften, mindestens 1.000 fehlen jetzt schon für eine normale Unterrichtsversorgung. In der nächsten →

→ Zeit werden pro Jahr etwa 800 Kolleginnen und Kollegen den Schuldienst verlassen. Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, sieht damit eine Verschlechterung der Lage vorprogrammiert: „Für diese absehbar hohen Abgangszahlen wurde kaum Vorsorge getroffen. Die Landespolitik steuert langsam um, aber die nächsten Lücken sind schon sichtbar. Für die 1.000 angekündigten Stellenausschreibungen im Schuldienst in diesem Jahr stehen knapp 500 Absolventinnen und Absolventen im eigenen Land bereit. Die Not der Schulen droht sich damit absehbar weiter zu vergrößern.“

In Sachsen zeigt sich das Problem laut der GEW-Landesvorsitzenden Uschi Kruse am Fehlen von ca. 2.000 Lehrkräften im Schuljahr 2017/18, die zusätzlich notwendig wären, um allein den zu erwartenden Krankenstand abzudecken. Zudem erreichte der Freistaat erneut einen Rekordwert bei der Einstellung von Seiteneinstieger*innen. Zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres hatten landesweit 62 Prozent aller Neueingestellten keine Lehrausbildung. Besonders besorgniserregend ist die Quote der Seiteneinstieger*innen an

Oberschulen mit 80 Prozent. Im ländlichen Raum lag sie in einigen Regionen sogar bei 100 Prozent. Am 9. März 2018 hat die Staatsregierung nun ein „Handlungsprogramm zur nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen“ beschlossen. Mit Verbeamung, der Aufwertung der Grundschulen und verschiedenen anderen Maßnahmen soll ein Kurswechsel eingeleitet werden. Weil so spät reagiert wird, zu wenige Prioritäten gesetzt werden und große Ungerechtigkeiten an den Schulen in Kauf genommen werden, ist mit einer kurzfristigen Entspannung nicht zu rechnen.

Auch Thüringen hat mit heftigem Unterrichtsausfall zu tun. 17.000 Unterrichtsstunden waren es beispielsweise im November 2017. In den nächsten fünf Jahren werden etwa 4.500 Lehrerinnen und Lehrer den Schuldienst verlassen. „Besonders prekär wird die Lage an den Thüringer Regelschulen, da die Zahl der Lehramtsstudierenden für dieses Lehramt deutlich unterhalb des Bedarfes liegt, während zu viele Gymnasiallehrerinnen und -lehrer ausgebildet werden. Dies kann nur bedeuten, den Beruf Regelschullehrer*in

attraktiver zu machen, zum Beispiel durch eine bessere Bezahlung“, so Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende der GEW Thüringen. Trotz der deutlich gestiegenen Einstellungszahlen bleibt die Lage an den Schulen angespannt, dazu trägt auch die zunehmende Zahl von befristeten Stellen bei.

Als Konsequenz aus dieser Notlage regten die drei Vorsitzenden eine enge, verlässliche und dauerhafte Abstimmung der drei Bundesländer an. Entscheidend ist, dass es auch in Mitteldeutschland gelingt, eine verlässliche und vorausschauende Personalpolitik im Schulbereich zu verankern – was gleichbedeutend mit einem planerischen Denken über Legislaturen hinweg ist. Voraussetzung dafür ist in allen drei Bundesländern, dass die zuverlässige personelle Ausstattung der Schulen staatlich und nicht betriebswirtschaftlich gedacht und unterfüttert wird. Nicht die schwarze Null müsse das Ziel sein, sondern die Bereitstellung der staatlichen Leistung Schule in der jeweilig benötigten Qualität und Quantität. Die Bildungsministerien und nicht die Finanzministerien sollen die Personalentscheidungen fällen.

GEW-Aktion „Lehrerarbeitszeit“:

Das Maß ist voll!

(EuW) Bereits in den Ausgaben 02/2018 und 03/2018 unserer EuW sind zwei Artikel erschienen, die sich unter der Überschrift „Arbeitsbedingungen an Schulen“ mit zusätzlichen Belastungen in der Arbeit der Lehrkräfte befassen und in der Forderung mündeten, diese als Mehrarbeit anzuerkennen. Die Behandlung der Aktion „Lehrerarbeitszeit“ wird in dieser Ausgabe (→ S. 12) und in den kommenden Ausgaben fortgesetzt.

Kolleginnen und Kollegen, vorwiegend Mitglieder der Stufenvertretungen, haben sich nach dem LHA im November zu einer „AG Mehrarbeit“ zusammengeschlossen. Für sie ist das Maß voll. Deshalb streben sie Veränderungen an, die sie in der Artikelserie und z.B. auf einer Tagung am 5. Mai erläutern werden. Weitere Aktionsformen sind in Vorbereitung.

Die „AG Mehrarbeit“ fordert ausdrücklich dazu auf, über die Bedingungen an den Schulen zu berichten, Forderungen zu formulieren, Vorschläge zu machen oder auch einfach nur mitzudiskutieren.

Tagung und Diskussion am 5. Mai in Magdeburg:

„Wir stellen die Lehrerarbeitszeit auf's Podium.“

Wie viele Unterrichtsstunden müssen – oder können – Lehrkräfte in der Woche arbeiten? Wie viele Stunden arbeiten sie wirklich? Brauchen die Lehrkräfte Entlastung oder kann der Bildungsminister den Schulen noch mehr „effizienzsteigernde Maßnahmen“ zumuten? Es gibt nicht viele Themen, die so umstritten sind wie die Regelungen zur Arbeitszeit von Lehrkräften.

Die GEW macht sich für Erleichterungen in allen Schulformen stark: Der Flexi-Erlass muss geändert werden, um Zeiten des Projektunterrichtes als Mehrzeiten anzuerkennen. Wir brauchen mehr Zeit für Inklusion. Wenn mehr als 60 Minuten Aufsicht in der Woche notwendig sind, so muss ein Ausgleich gefunden werden. Fahrtzeiten werden in allen anderen Bereichen der Landesverwaltung als Arbeitszeit anerkannt, für Lehrkräfte nicht. Bei Lehrkräftemangel wird erwartet, dass Klassen zusammengelegt werden, anerkannt wird die zusätzliche Arbeit nicht. Die Anzahl der Mehrarbeitsstunden wächst, ein Ausgleich ist nicht in Sicht.

Deshalb lädt die GEW Sachsen-Anhalt zur Tagung „Vormittags recht haben und nachmittags frei? – Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern neu regeln“ am Samstag, 5. Mai 2018, von 9.30 bis 15.30 Uhr, ins Ratswaage Hotel Magdeburg ein.

Um fundiert diskutieren zu können, wird Dr. Frank Mußmann (Georg-August-Universität Göttingen, Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften) die Ergebnisse der Arbeitszeitstudien vorstellen, die von der GEW Niedersachsen in Auftrag gegeben wurden. Interessant ist hier vor allem eine Meta-Studie, die zahlreiche Studien der vergangenen Jahre über die Arbeitszeit von Lehrkräften zusammenfasst. Natürlich reden wir auch über politische Lösungen – einschließlich der Minderung des Lehrkräftemangels – und wollen gemeinsam mit den zuständigen Ministerien und allen politisch Verantwortlichen

überlegen, wie ein Konsens aussehen könnte, der den Interessen der Beschäftigten wie auch den Zielen der Landesregierung entspricht. Vorschläge dazu wird auch Laura Pooth einbringen, die als Landesvorsitzende der GEW Niedersachsen in einer Arbeitszeitkommission unseres Nachbarlandes sitzt.

Ablauf

9.30 Uhr	Begrüßung, Einführung ins Thema, Stimmen und Stimmungen in Sachsen-Anhalt (Eva Gerth)
10.00 Uhr	Vorstellen der Studien zur Arbeitszeit von Lehrkräften und zur Belastung von Lehrkräften sowie der Meta-Studie, die Arbeitszeituntersuchungen und deren Aussagen seit 1960 miteinander vergleicht; Nachfragen (Dr. Frank Mußmann)
13.00 Uhr	Mittagsimbiss
14.00 Uhr	Diskussion mit Dr. Frank Mußmann, Laura Pooth und Eva Gerth sowie mit Bildungs- und Finanzpolitikern zu Möglichkeiten der Konsensfindung und politischen Umsetzung der Aussagen der Studie in Sachsen-Anhalt

Wir bitten um eine **Anmeldungen bis zum 27. April 2018** an: GEW Sachsen-Anhalt, z.Hd. Nadia-Sabrina Beutel, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsen-anhalt.net.

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Sachsen-Anhalt

maß:voll!

Wir stellen die Lehrerarbeitszeit auf's Podium.

Tagung und Diskussion
am 5. Mai 2018 in Magdeburg

Für demokratische Alltagskultur: **GEW gehört zu Erstunterzeichner*innen**

(EuW) Am 8. März hat der GEW-Landesvorstand beschlossen, dass die GEW Sachsen-Anhalt als eine der Erstunterzeichner*innen eines Aufrufes „Gegen ein Klima der Angst und Denunziation“ auftritt. Ein am 19. März vor die Presse getretenes Bündnis von Akteur*innen aus Kultur, Gewerkschaft, Jugendhilfe, Wohlfahrt und Kirche weist die diffamierenden Angriffe auf die pluralistische Zivilgesellschaft zurück.

Seit der Landtagswahl vor zwei Jahren verfügt dieser Angriff auf die demokratische Zivil-

gesellschaft mit der AfD-Fraktion über ein parlamentarisches Podium. Ob durch Redebeiträge im Plenum, durch Kleine und Große Anfragen zu einzelnen Trägern oder durch das Einsetzen einer Enquete-Kommission gegen „Linksextremismus“ – stets werden parlamentarische Kontrollinstrumente durch die AfD genutzt, um das solidarische und vielfältige Miteinander, das eine demokratische Gesellschaft ausmacht, in Frage zu stellen. Das breite Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Trägern will das nicht länger hinnehmen. Die Akteur*innen leisten mit ihrem Enga-

gement einen zentralen Beitrag für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Sie engagieren sich für die Menschen und gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Rassismus und Rechtspopulismus haben in diesem Wirken der Träger keinen Platz. Gleichzeitig rufen die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen all jene, die an diesen Werten festhalten, auf, derartige Angriffe auf die pluralistische Zivilgesellschaft zurückzuweisen und das notwendige Engagement für eine lebendige Demokratie und ein lebenswertes Sachsen-Anhalt – auch und gerade im Landtag – zu verteidigen.

Als eine der Erstunterzeichnerinnen erklärte für die GEW Kollegin Eva Gerth: „Wir halten es für überaus bedenklich, wenn Schulen, die sich gegen Rassismus und für Toleranz engagieren, durch Vertreter der AfD in Misskredit gebracht werden. Bildungseinrichtungen müssen Gewähr dafür bieten, dass sich Kinder und Jugendliche selbst ein Bild von der Welt machen können. Empathie und Verständnis gehören dazu genauso wie Kritik und Disput. Dazu bedarf es eines offenen Klimas, das nicht durch nationalistische und fremdenfeindliche Ressentiments behindert werden darf.“

Gegen ein Klima der Angst und Denunziation! Angriffe auf die pluralistische Zivilgesellschaft zurückweisen

In den Reihen der zivilgesellschaftlichen Träger, in den Parteien von CDU bis Linkspartei, in Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden engagieren sich unzählige Menschen gemeinsam für eine demokratische Alltagskultur in Sachsen-Anhalt. Voraussetzung dafür ist ein gesellschaftliches Klima, das die Freiheit jedes und jeder Einzelnen, den Schutz vor Gewalt, die Anerkennung von Vielfalt und eine Kultur des Respekts garantiert. Im Rahmen einer solchen Kultur sind wir jederzeit bereit, unsere Arbeit sachlich zu erläutern, in einen fachlichen Austausch zu treten und Kritik offen zu begegnen.

Mit ihren parlamentarischen Redebeiträgen, Anfragen an die Landesregierung oder auch der Einrichtung einer Enquete-Kommission „Linksextremismus“ sucht die AfD allerdings nicht die sachliche Auseinandersetzung, sondern greift zivilgesellschaftliche Träger und staatliche Institutionen an und verunglimpt sie. Damit wird ein Klima des Misstrauens und der Denunziation gefördert.

Treffen können diese Angriffe alle, die für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft stehen und von der AfD als politische Gegner und Gegnerinnen ausgemacht werden – von den demokratischen Parteien über Kirchen und Gewerkschaften bis hin zu den Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern der Zivilgesellschaft.

Die gezielte Verbreitung von Gerüchten und Unterstellungen diskreditiert nicht nur unsere Arbeit, sondern stellt einen kaum verhohlenen Angriff auf die grundlegenden demokratischen Werte dar.

Wir fordern all jene, die an diesen Werten festhalten, auf, derartige Angriffe auf die pluralistische Zivilgesellschaft zurückzuweisen und das notwendige Engagement für eine lebendige Demokratie und ein lebenswertes Sachsen-Anhalt zu verteidigen.

Die Position „Gegen ein Klima der Angst und Denunziation“ wird von 54 Trägern als Erstunterzeichner*innen getragen. Weitere Informationen – auch zum Mitzeichnen der Erklärung – finden sich auf www.zivilgesellschaft-sachsen-anhalt.de

Eine Meinung:

Verfall der Diskussionskultur aufhalten

Seit es die AfD gibt, ist nichts mehr tabu. PEGIDA hat die Beleidigungsstraße befestigt, die von den vielen auf Tabubruch gebürsteten Talk-Shows unserer privaten Fernsehanstalten angelegt wurde. Die sozialen Medien lassen sich als Hass- und Hetzkatalysatoren benutzen.

Wer hat nicht die Bilder von 2015 aus Heidenau vor Augen, wo die Bundeskanzlerin ungestraft beschimpft werden durfte. Ist Meinungsfreiheit grenzenlos, fragt sich der gesetzestreue Bürger. Offensichtlich ja. Wenn jetzt der Vorsitz im Rechtsausschuss des Bundestages an Stephan Brandner (AfD) geht, hätte man den Ausschuss auch gleich „Höcke-Ausschuss“ nennen können, denn beide, Brandner und Höcke, sind Brüder im Geiste, kommen aus den Tiefen NRW's und sind jetzt zu Thüringern mutiert. Beide haben die öffentliche Debattenkultur in den Dreck getreten. So wird der stellvertretende SPD-Vorsitzende Stegner als „Hackfresse der Nation“ bezeichnet, Minister Maaß als „Produkt politischer Inzucht im Saarland“. Über Aktivist*innen der Antifa sagte Brandner: „Man liest und hört ja, dass eure Eltern meist Geschwister waren. Und wenn ich mir das ein oder andere Gesicht genauer anschau, dann habe ich fast den Eindruck, als wären die Haustiere auch nicht weit gewesen.“ Sachsen-Anhalts Ex-Spitzen-Afdler Poggensburg legte zum Aschermittwoch nach. Es sind

keine Satiriker und auch keine Kabarettisten. Sie meinen, was sie sagen, und sie glauben es auch noch. Türkenebeleidigung, schlimmer als Erdogan mit anderen Völkern. „Diese Kümmerhändler haben selbst einen Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern am Arsch. Und die wollen uns irgendetwas über Geschichte und Heimat erzählen? Die spinnen wohl! Diese Kameltreiber sollen sich dahin scheren, wo sie hingehören.“

Die Sprache dieser rechten Meinungsmacher ist vulgär und ihre Auftritte in den Landtagen, im Bundestag und auf den Straßen sind abstoßend. Die Wirkung in der Gesellschaft verheerend! Respekt und Achtung der Würde des anderen gibt es nicht mehr! Armer Artikel 1 Grundgesetz!

Nicht der Diskurs wird gesucht, sondern die gezielte Beleidigung löst die Befriedigung mancher ihrer Anhänger aus. Welchen Nutzen soll die Gesellschaft vom AfD-Gezeter haben? Er ist nicht vorhanden. Probleme werden damit nicht gelöst.

Es ist wie 1933 der „wild gewordene Kleinbürger“, der glaubt, es könnte sich mit der AfD etwas ändern. Es wird schlimmer für ihn, auch wenn er etwas anderes zu fühlen glaubt. Ja, die Deutschen sind ein geschichtsvergessenes Volk. Das ist schlimm.

Wenn wir dem nicht Einhalt gebieten können, werden wir es bitter bereuen. Gewerkschäfter waren zusammen mit Kommunisten und

Sozialdemokraten die Ersten, die den KZ-Duft schnuppern und daran verrecken durften. Unsere Regierenden entfernen sich immer weiter vom Volk. Im Wahlkampfmodus zeigt man sich loyal und stellt sich den Fragen der Bürger. Was passiert aber zwischen den Wahlen? Die CDU vergisst, dass das C in ihrem Namen für christlich und damit auch für christliche Werte steht. Und die SPD vergisst seit Schröder ihre sozialdemokratischen Themen.

Sie akzeptieren, dass massenweise schwer arbeitende Bevölkerungssteile abgehängt werden, ähnliches läuft in allen Landtagen. Da verwundert es nicht, dass die AfD mit purem Aktionismus punkten kann, ohne für die wirklichen Probleme Lösungen anzubieten.

Wer die AfD aufhalten will, muss eine andere Politik machen. Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben! Umgekehrt muss es gehen! Die Schere zwischen arm und reich muss sich schließen, statt sich immer weiter zu öffnen. Das können wir, wenn wir es wollen. Dazu brauchen wir niemanden, den wir unter uns zu glauben haben. Der Ausländer ist ein Mensch, wie wir auch. Deutsche sind überall auf der Welt auch Ausländer – egal ob als Touristen oder als Auswanderer.

Rolf Hamm

Was haben wir in den Gremien der GEW seit mehr als 15 Jahren gesessen und überlegt, wie wir der politischen Borniertheit

Gewerkschaftliches Handeln zeigt Wirkung: Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt kommt in Bewegung

von Landesregierungen, Fraktionsvorständen, Kultus- und Wissenschaftsministern etwas entgegensezten können, das solchen Druck erzeugt, dass es nicht zum „Schlimmsten“, zu einem massiven Lehrkräftemangel, kommt.

Wir haben alternative Bedarfsberechnungen vorgelegt, gegen die Schließung von Lehrerbildungsstudiengängen an den Universitäten protestiert, Vorschläge für ein neues Ansiedlungsschema der Seminare gemacht, parlamentarische Anfragen und Debatten inszeniert und immer wieder die Öffentlichkeit einzogen und informiert.

Über die Wirkung, besser Wirkungslosigkeit, konnte man schon ins Verzweifeln kommen: In einer ignoranten neoliberalen Atmosphäre wurde auch das Bildungswesen Sachsen-Anhalts der Ideologie von „Schuldenfalle“ und „schwarzer Null“ unterworfen, wurde ein Lügengebäude namens Personalentwicklungskonzept entwickelt, nur um fragwürdigen Schuldenabbau durch Personalabbau zu betreiben. Es wurde bewusst Personal im öffentlichen Dienst, Lehrkräfte, Polizisten, Justiz- und Verwaltungspersonal, abgebaut. Wer dieser Politik widersprach, verging sich angeblich an der Zukunft „unserer Kindeskinder“. Was aus denen werden soll, die gegenwärtig vor Ausfallplänen stehen, weil ihre Lehrer fehlen, wird bis heute verschwiegen. Und doch ist etwas Neues in den politischen Diskurs eingezogen: Der Mangel wird nicht mehr offensichtlich geleugnet. Niemand traut sich mehr, 97 Prozent Unterrichtsversorgung als ausreichend zu deklarieren, niemand behauptet mehr, dass sich die Schülerzahlen über kurz oder lang immer wieder halbieren würden. Nach Jahrzehnten des Stocherns im Nebel, liegen nun sogar Berechnungen und Schlussfolgerungen einer Expertengruppe über den Lehrkräftebedarf und dessen Ausbildung vor.

Hat sich die Vernunft also von selbst durchgesetzt? Musste man nur warten, bis das Elend groß genug geworden ist? So einfach lösen sich Probleme leider nicht. Auch die zarte Pflanze Vernunft bedarf der Pflege. Und wir haben diese Pflegearbeiten gerade in den letzten Jahren intensiv betrieben. Wir haben zwar offiziell keine politische Kampagne ausgerufen, tatsächlich sind wir mittlerweile aber in einer gut laufenden und immer wieder mit Nachschub versorgten Kampagne für Schulpersonal und Lehrerbildung.



Es ist kein Zufall, dass die beiden GEW-Hochschulgruppen kräftigen Zulauf erhielten, als sie im Januar und Februar gemeinsam mit den Rektoraten ihrer Universitäten öffentlich die Zukunft der Lehrkräfteausbildung diskutierten. Es ist kein Zufall, dass inmitten der alt-ehrwürdigen Aula der MLU ein GEW-Banner leuchtet, wenn während eines Forums zwei Landesminister der GEW zustimmen und auf deren Initiativen eingehen. Vorausgegangen waren harte Kämpfe und originelle Aktionen, eine von der GEW unterstützte Volksinitiative, Druck von Personalräten gegen eine immer weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Diskussionen vor Ort und gemeinsame Proteste mit Schülern und Eltern.

Nicht zufällig trafen sich Vertreter*innen des GEW-Landesvorstandes ebenfalls Ende Februar mit Lehrkräften im Vorbereitungsdienst, die nach der im vergangenen Sommer reformierten Ausbildungs- und Prüfungsordnung ausgebildet wurden und nun kurz vor ihrem Abschluss stehen. Das Fazit dieser Veranstaltung: Es darf nicht nur ums Löcherstopfen gehen! Arbeitsbedingungen bestimmen wesentlich die Qualität der Arbeit. Wir dürfen den Kampf um die Ausbildungszahlen und Stellen nicht vernachlässigen, müssen zugleich aber immer wieder für die Qualität der Ausbildung und damit der Schule kämpfen.

Podiumsdiskussion zum Thema Lehrerbildung: 800 Erstsemester und fünf Millionen Euro

„Quo vadis Lehramtsausbildung an der MLU?“ – unter diesem Titel diskutierten am 23. Februar auch zwei Minister engagiert in der Aula des Löwengebäudes. Ziel des Gesprächs: Lösungen für den eklatanten Lehrermangel an Sachsen-Anhalts Schulen finden, indem für mehrere Jahre deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer an der Universität Halle ausgebildet werden. Zentral war dabei auch, welche Ressourcen es dafür braucht.

„Es muss schon etwas Wichtiges sein, wenn die Aula früh um 9 Uhr fast voll ist.“ – Mit diesen Worten begrüßte Rektor Prof. Dr. Udo Sträter Publikum und Podiumsteilnehmer. Eingeladen zu der Veranstaltung hatte das Rektorat gemeinsam mit der Hochschulgruppe der GEW, die die Runde auch initiiert hatte. Dass das Interesse trotz der ungewöhnlichen Zeit so hoch war, lag zum einen am Thema, zum anderen wohl auch daran, dass mit Marco Tullner (CDU) und Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD) gleich zwei Landesminister sich der Diskussion stellten. Neben Bildungsminister Tullner und Wissenschaftsminister Willingmann hatten zudem die Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, Eva Gerth, der Direktor des Lehrerbildungszentrums der Universität, Prof. Dr. Thomas Bremer, Dozent Dr. Nico Elste vom Germanistischen Institut und Christin Engel, Studentin Lehramt Grundschule, auf dem Podium Platz genommen. Moderator Sven Kochale, Journalist, der auch für den MDR tätig ist, begann mit einer Schilderung aus den Schulen, indem er aus zwei offenen Briefen, unter anderem des Grundschullehrerverbandes, vorlas. Von hohem Krankenstand, alten Lehrern und dem frühzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst war dort die Rede, von hohem Stundenausfall, wenigen Perspektiven und einem Zunehmen der ohnehin in Sachsen-Anhalt sehr hohen Schulabrecherquote. „An den Schulen brennt“, fasste Eva Gerth das später noch einmal zusammen, wenig später ergänzt um die Aussage des Bildungsministers Tullner: „In den Schulen brennt es.“ Und nun?

Nico Elste, direkt in der Lehramtsausbildung tätig, ergänzte, dass allein die nötige Abnahme der Prüfungsleistungen eine Herausforderung sei. „800 Studierende haben wir insgesamt im Bereich Grundschule.“ Hilfreich sei es da nicht, dass vielfach mit befristeten Verträgen gearbeitet werden müsste und demnach immer wieder wechselndem Personal. Auch Thomas Bremer räumte „gewisse Strukturprobleme“ ein, aber man fahre eben auch doppelte Last. „Das Land muss sagen, wie viele Lehramtsstudierende wir für wie lange brauchen und wie das finanziert wird.“

Leichter könnte das zumindest nun fallen, da eine Expertenkommission zum Lehrerbedarf bis 2030 im Januar nun Zahlen vorgelegt hat und auch Fächer und Regionen benannt, in denen es besonders eng ist. Was Minister Tullner daran besonders Sorgen machte: „Dass nur 37 Prozent der Lehrer, die heute in den Schulen stehen, 2030 noch im Dienst sind. Da müssen wir ein bisschen an Drive zulegen.“ Prognosen seien allerdings schwierig, er gehe von 700 Lehrern pro Jahr aus, die eingestellt werden müssten. Minister Willingmann indes sprach von einer verfehlten Sparpolitik der letzten Jahre: „Die Perspektiven, die wir jungen Leuten gegeben haben, die waren nicht gut. Es wurde ausgebildet und nicht eingestellt.“ Diese Fehler seien innerhalb von fünf Jahren nicht wieder gut zu machen, aber man könne jetzt verlässliche Perspektiven schaffen und Fehler nicht einfach wiederholen.

Mehr Geld fließt in Grundfinanzierung

Verlässliche Perspektiven forderte Eva Gerth auch für die Uni-Angestellten in der Lehramtsausbildung: „Man muss mal klar sagen, dass das unbefristete Arbeitsverhältnis das normale Arbeitsverhältnis ist. Aber das trifft nicht auf die Hochschulen zu.“ Dafür, verstärkte Bremer, brauche man eben verlässliche politische Entscheidungen. Und Mut, so Gerth, auch noch mehr möglich zu machen, als 800 Erstsemester für die Ausbildung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen in Halle und 200 für die Berufsschullehrerausbildung in Magdeburg.

Minister Willingmann mahnte, hier seriös zu bleiben, nicht konzeptlos zu werden. Am Ende benannte er die Zahl von jährlich fünf Millionen Euro, die in den kommenden fünf Jahren zusätzlich in die Grundfinanzierung der MLU fließen sollen – auch um wichtige Stellen entfristen zu können.

Auch die sich nach anderthalb Stunden anschließende Diskussion mit dem Publikum ging engagiert und lebhaft weiter: Der Dekan der Philosophischen Fakultät II, Prof. Dr. Georg Maas, sagte, dass es eben auch um fehlende Räume und wenig Platz ginge, nicht nur um fehlendes Personal. Es gebe massive Probleme, eine Lösung brauche es hier wirklich schnell. Der Personalratsvorsitzende der MLU, Bertolt Marquardt, formulierte den Satz, dass er sich entgegen mancher Stimmen auf dem Podium langfristig keine Sorgen mache, dass zu viele Lehrer ausgebildet werden würden, sondern weiterhin zu wenige. Ein Schulleiter berichtete von dem Spagat, den er leisten müsste, um die Referendare zu integrieren, die am Anfang oft völlig hilflos in seiner Schule stehen würden und natürlich auch die Ressourcen der Lehrer benötigten. Das sei für ihn immer wieder ein Spagat zwischen Unterricht und Ausbildung. Das möge mal mitgedacht werden. Eine Lehramtsstudentin im fünften Semester berichtete, dass sie ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit schaffen könne, weil die Kapazitäten für die schulpraktischen Übungen nicht ausreichten. „Wie soll das denn dann erst mit 800 Erstsemestern werden?“ Ja, wie? Für das Fazit war Rektor Sträter zuständig, der die Diskussion launig zusammenfasste, aber scharf bilanzierte: „Ich habe Klagen vernommen, dass es Probleme gibt, aber mit der Unterstützung der Politik können wir Besserung geloben.“ Dabei solle es bei aller Kritik auch bei der weithin gelobten Qualität der Lehramtsausbildung in Halle bleiben.

„Zugunsten der Quantität dürfen wir keine Abstriche machen. 800 geht, aber das kostet eine Kleinigkeit.“ Die Universität brauche Flächen und Personal und – Dauerstellen. Es müsse jetzt viel Arbeit geleistet werden und diese schnell. Auch ein Programm für Quer- und Seiteneinsteiger habe die Universität erarbeitet. „Wir sehen uns hier in der Verantwortung. Wir sind die maßgebliche Bildungsstätte. Wir brauchen keine Pädagogische Hochschule im Land.“

Rege Diskussion zum Thema Lehrerbildung (von links): Thomas Bremer, Marco Tullner, Nico Elste, Eva Gerth, Armin Willingmann, Christin Engel und Moderator Sven Kochale.



Foto: Maike Glöckner

Schwierige Befristungen, Wechsel im Personal

Das erste Wort erhielt aber die Studentin Christin Engel, selbst Mutter von drei Kindern. Sie sagte, die Probleme seien überall zu sehen – auch etwa in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an der Universität: „Unter den Umständen, die herrschen, muss man sagen, dass das alle ganz toll machen.“ In Ordnung sei es aber eigentlich nicht, dass in Strukturen, die für jährlich viel weniger Studierende ausgelegt seien, plötzlich 700 Erstsemester passen sollen – diese Zahl hatte die MLU zum Wintersemester 2017/18 auf Wunsch des Landes aufgenommen. Zum nächsten Studienjahr sollen es noch 100 mehr werden, dann also 800 Neue. Kein Pappenspiel.

Manuela Bank-Zillmann

Bundesweiter Bedarf an BbS-Lehrkräften:

Bis 2025 knapp 22.000 zusätzliche Lehrkräfte

(EuW) „Knapp 22.000 zusätzliche Lehrkräfte brauchen die berufsbildenden Schulen bis 2025. Der Grund: Bis zu diesem Zeitpunkt werden fast 340.000 Schülerinnen und Schüler mehr an Berufsbildenden Schulen lernen als bisher von der Kultusministerkonferenz (KMK) berechnet“, sagte Ansgar Klinger, für Berufliche Bildung verantwortliches Vorstandsmitglied der GEW, am 9. März während einer Pressekonferenz der GEW in Berlin. Er stellte die Ergebnisse der Studie „Prognose der Schüler*innenzahl und des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen bis 2030“ vor (www.gew.de/prognose-lehrkraeftebedarf-PDF), die der Bildungsforscher Dieter Dohmen im Auftrag der Bildungsgewerkschaft erstellt hat. „Schon jetzt herrscht an diesen Schulen Lehrkräftemangel. Die Länder müssen endlich wirksam handeln“, betonte Klinger.

Die höhere Schülerzahl bedeutet, dass auch die Bildungsausgaben kräftig steigen müssen: Allein im Jahr 2025 muss die öffentliche Hand mindestens 1,6 Milliarden Euro mehr ausgeben. Davon entfallen gut 1,3 Milliarden Euro auf die Länder und knapp 300 Millionen Euro auf die Landkreise sowie kreisfreien Städte als Schulträger. Und mit diesem Geld können nur die Standards gehalten werden, notwendige Verbesserungen sind nicht mit eingerechnet.

Um zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen, müssten die Länder den Lehrerberuf an berufsbildenden Schulen wieder attraktiver gestalten. Bessere Rahmenbedingungen brauchten auch die Lehrerinnen und Lehrer, die an berufsbildenden Schulen arbeiten. „Klar ist, dass die Leistungsverdichtung der vergangenen Jahrzehnte der Attraktivität des Berufs deutlich geschadet hat“, sagte Klinger.

„Doch das allein wird nicht reichen. Die Länder müssen für mehrere Jahre Quer- und Seiteneinsteiger einstellen und die Lehramtsausbildung ausbauen, um den Bedarf an Lehrkräften zu decken“, stellte Klinger fest. Die Quer- und Seiteneinsteiger müssen sofort berufs-

begleitend nachqualifiziert und durch Mentoringprogramme unterstützt werden. Dafür brauchen wir bundesweit Mindeststandards. Lehrkräfte, die Quer- und Seiteneinsteiger ausbilden und betreuen, müssen entlastet werden, die ausbildenden Schulen Unterstützung erhalten. Nur so könnte die Qualität des Unterrichts gesichert werden. Quer- und Seiteneinsteiger haben keine abgeschlossene Ausbildung als Lehrkräfte, sie müssen insbesondere pädagogische und didaktische Qualifikationen erwerben.

Zudem müssten die Länder ihre Investitionen in die grundständige Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für berufliche Schulen an den Hochschulen und in den Vorbereitungsdienst deutlich erhöhen sowie die Ausbildungskapazitäten hochfahren. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern solle hierbei unterstützen. Dazu gehöre u.a. die (Wieder-)Einrichtung von Lehrstühlen in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie der Didaktik der beruflichen Fächer. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit in der Ausbildung von Lehrkräften der beruflichen Schulen sei notwendiger denn je. Die vorgelegten Daten beziehen sich auf die Gesamtheit der 16 Bundesländer. Zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern, aber auch zwischen den Regionen in den Flächenländern gibt es deutliche Abweichungen gegenüber dem aufgezeigten deutschlandweiten Trend.

Bislang ging die KMK in ihren Veröffentlichungen von einem Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen auf gut 2,1 Millionen bis zum Jahr 2025 aus. Neuere Studien Dohmens zeigen jedoch, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen mittelfristig steigt. Selbst bis zum Jahr 2030 wird sie auf dem vergleichsweise hohen Niveau von gut 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler bleiben.

Forum Vorbereitungsdienst:

Sechs Monate unter neuen Bedingungen

Die jüngsten Änderungen der Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Laufbahnprüfung sowie die Änderung des Erlasses zur Schulpraktischen Ausbildung haben für Diskussionen gesorgt. Auf Initiative der Lehramtskräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) hat die GEW Sachsen-Anhalt am 27. Februar zu einer Diskussionsrunde eingeladen, in der die LiV, Mentorinnen und Mentoren der Ausbildungsschulen, Kolleginnen und Kollegen der Seminare sowie ein Vertreter des Bildungsministeriums zu Wort kommen konnten. In einer regen Diskussion wurden aus Sicht der einzelnen Gruppen Probleme benannt und Vorschläge unterbreitet.

Vor allem der frühe Beginn des eigenverantwortlichen Unterrichtes wurde kritisiert. Die LiV wünschen am Anfang ihrer Ausbildung mehr Hospitationen, um z.B. die Klassen besser kennenzulernen. Die Stunden für den mentorengestützten Unterricht wurden als zu wenig eingeschätzt. Gerade in der Anfangsphase ist es für die LiV sehr wichtig, mehr Feedback von ihren Mentorinnen und Mentoren sowie von ihren Betreuerinnen und Betreuern der Seminare zu bekommen. Dabei sollte hier am Anfang die Beratung im Vordergrund stehen und es eine klare Trennung zur Bewertung geben. Unterrichtsbesuche, die nur alle vier bis acht Wochen von der Seite der Seminare gemacht werden können, sind hier einfach zu wenig. Die LiV verfügen am Anfang ihrer Ausbildung noch nicht über genügend anwendungsbe reites Wissen (Bewertung von Schülerleistungen, Anforderungen an eine Klassenarbeit usw.), welches aber aufgrund des frühen eigenverantwortlichen Unterrichtes schon benötigt wird. Eng geplante Ausbildungsleistungen und eine sehr frühe Prüfungsphase, teilweise nach nur neun Monaten echter Ausbildungszeit, führen unweigerlich zu einer Überforderung und mitunter zu schlechteren Abschlüssen. Da die Betreuung in den Seminaren jahrgangsübergreifend erfolgt, kümmern sich die Seminarleiter gezwungenermaßen mehr um die LiV, die kurz vor ihrer Prüfung stehen.

Die „selbst zu bestimmende Ausbildungsleistung“ (SAL) empfinden die LiV als nicht zielführend. Hier sehen die LiV mehr Gewinn in einer praxisnahen Betreuung in den Ausbildungsschulen als ein auf theoretischer Grundlage erarbeiteter Vortrag einer LiV im Seminar. Die Einsparung dieser Ausbildungsleistung würde auch zu mehr Zeit für andere Themen im Seminar führen. Weiterhin wurde kritisiert, dass aufgrund der schlechten Unterrichtsversorgung die LiV oft im

Vertretungsunterricht eingesetzt werden und es sogar zur Übernahme von Klassenleitertätigkeiten einer ersten Klasse kam.

Die personelle Situation an den Seminaren, die zu einer gleichzeitigen Betreuung mehrerer Gruppen bzw. zur jahrgangsübergreifenden Betreuung führt, ist auch aus Sicht der Haupt- und Fachseminarleiter sehr kritisch zu sehen. Als überdenkenswert wurde die Konzentration der Ausbildungsstandorte auf Halle und Magdeburg sowie der Ausbildungsbeginn zum 1. April bzw. zum 1. September im Hinblick auf passgenaue Einstellungen der LiV in den Schuldienst angeregt. Blockseminare in den Ferien wurden als eine Möglichkeit genannt, um die LiV schon frühzeitig auf die Anforderung in den Schulen vorzubereiten.

Die Vertreter der Schulen bemängelten, dass aufgrund der veränderten Erlasslage nur noch drei Stunden pro LiV an den Schulen verbleiben. Damit steht für die Betreuung der LiV viel zu wenig Zeit zur Verfügung. Erschwerend kommt hinzu, dass mit dieser Zeit auch die Betreuung von Studierenden in ihren Blockpraktika abgedeckt werden muss. Auch aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen in den einzelnen Ausbildungsphasen kommt es zwangsläufig zu einer häufigen Änderung der Unterrichtsorganisation und Abordnung von Stammpersonal, wenn eine Schule mehrere LiV betreut. Dies war mit dem Vorgängererlass nicht nötig. Eine knappe Personaldecke, eine damit verbundene schlechte Unterrichtsversorgung sowie Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund „effizienzsteigernder Maßnahmen“ an den Rand ihrer Belastungsgrenzen kommen, machen es schwer, Mentorinnen und Mentoren für die LiV zu finden. Formulare und Anforderungen, auch für Stundenentwürfe, unterscheiden sich in den verschiedenen Fach- und Hauptseminaren. Hier wäre ein einheitliches Vorgehen wünschenswert. Zu Schuljahresbeginn lagen manchen Schulen über dem Dienstweg keine Informationen zu den Veränderungen vor. Nur anhand des zugewiesenen Stundenvolumens für die Betreuung der LiV konnten die Schulen erkennen, dass jetzt veränderte Ausgangsbedingungen vorlagen. Der Erlass zur „Schulpraktischen Ausbildung an den öffentlichen Schulen“ wurde schon angewandt, obwohl der LHPR diesem im Herbst 2017 nicht zugestimmt hatte. Die einberufene Einigungsstelle im Januar 2018 ist den Argumenten des LHPR nicht gefolgt und so wurde →

→ der Erlass im Februar 2018 dann veröffentlicht. Auch auf dem Bildungsserver findet man immer noch die aus der Vorgänger-Verordnung resultierenden Ausbildungsinhalte (Stand 10.03.2018).

Zusammenfassend sind aus Sicht der GEW folgende Forderungen ableitbar: Der Beginn des eigenverantwortlichen Unterrichts sollte erst ab dem dritten Ausbildungsmonat liegen. Der Anteil an mentoren-gestütztem Unterricht muss erhöht werden. Je Ausbildungsfach muss bis zum Eintritt in die Prüfungsphase eine Stunde mentoren-gestützten Unterrichts sowie zwei Hospitationsstunden Pflicht sein. Es bedarf

mehr Beratung, auch durch die Seminare. Der Mentorentätigkeit bzw. der Tätigkeit der Schule als Ausbildungsschule durch den Arbeitgeber ist in Form von mehr Anrechnungsstunden Wertschätzung zu geben. Die Konzentration von mehreren LiV an einer Schule ist möglichst zu vermeiden. Die LiV sind während ihrer Ausbildung nicht als vollwertige Lehrkräfte einzusetzen. Die Einstellungstermine müssen evaluiert werden.

Kerstin Hinz,
Leiterin VB Allgemeinbildende Schulen

Neuorientierung der Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt: Was hat die GEW erreicht? Was bleibt für uns zu tun?

Nach dem Bericht der Expertenkommission, politischen Aussagen des Landtages in Folge der Volksinitiative, Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und den beiden zuständigen Ministern sowie zwei von den GEW-Hochschulgruppen initiierten Veranstaltungen an den beiden Universitäten des Landes zur Zukunft der Lehrerbildung zogen in einem EuW-Gespräch die GEW-Landesvorsitzende, Eva Gerth, und der Leiter der Landesarbeitsgruppe Lehrerbildung, Hans-Dieter Klein, eine politische Zwischenbilanz über Erreichtes und weiter Anzugehendes.

Die Redaktion



Foto: Alexander Pistorius

Hans-Dieter: Wenn ich auf die Zeit seit dem Beginn der jetzigen Legislaturperiode zurückblicke, fällt mir für die GEW kein intensiver betriebenes bildungspolitisches Arbeitsfeld als die Lehrerbildung ein. Bereits im Juni 2016 hatten wir die Ministerien, Landtagsabgeordnete, die Universitäten, das LISA, das Landesschulamt und andere Interessierte an einem Tisch. Ich erinnere mich auch, dass wir mit den Ergebnissen nicht wirklich zufrieden waren. Wie siehst du das und was hat sich aus deiner Sicht getan?

Eva: Wir engagieren uns als GEW tatsächlich sehr, damals wie heute. 2015/16 hatten wir unser neues Papier UMDENKEN. UMSTEUERN. vorgestellt mit Forderungen, die sich die GEW bereits seit vielen Jahren auf die Fahnen geschrieben hatte: Wir brauchen mehr Lehramtsstudierende an beiden Unis im Land. Und damit ist eigentlich auch der wichtigste Punkt berührt, die Frage danach, wie viele Lehrerinnen und Lehrer dieses Land denn wirklich braucht. Hier haben sich viele um die Deutungshoheit bemüht, der frühere Finanzminister Bullerjahn, der den Personalabbau forciert hat, das Kultusministerium, das mit allerlei Tricks und Argumentationen versuchen musste, gegenzusteuern, die GEW, die seit Jahren den Mangel an Lehrkräften vorausgesehen hat. Und wir konnten uns des Eindrucks nicht erwehren, dass für die Universitäten samt Wissenschaftsministerium die Lehrerbildung scheinbar das Schmuddelkind ist, immer ein bisschen ungeliebt, weil es Pflichtaufgabe ist und nicht besonders ruhmversprechend.

Hans-Dieter: Jetzt, mit den Papieren der Expertenkommission sind zumindest die Zahlen klar festgeschrieben. Es gibt keinen Schülerrückgang, wir brauchen 2030 mindestens genauso viele Lehrerinnen und Lehrer wie jetzt; es werden aber nur noch ca. 37 Prozent der derzeitigen Lehrkräfte da sein.

Eva: Keine Frage, die Erkenntnis kommt ca. zehn Jahre zu spät. Wir werden die Folgen in den nächsten Jahren an unseren Schulen spüren. Aber Planungssicherheit ist hergestellt. Leider beginnt aber schon wieder das Gerangel um die Zahlen und die Argumentationsmuster sind – leider – wieder ähnlich. Wir sind aber insofern weiter, dass selbst die größten Verhinderer schon von über ca. 1.000 Erstsemestern im Lehramt zum Wintersemester 2018 reden, allerdings für beide Universitäten zusammen. Daran hat vor zehn Jahren nur die GEW geglaubt.

Hans-Dieter: Wir hatten 2016 zwei Ansätze: inhaltliche Reformen anzugehen und zugleich das Grundübel zu bekämpfen, d.h. den immer weiter fortschreitenden Lehrkräfte-mangel einzudämmen. Für beides gibt es Ansätze. Wo siehst du die Landesregierung und die Lehrerbildner in diesen Zusammenhängen?

Eva: Bei der Diskussion über die notwendige Zahl der Lehramtsstudierenden fällt manchmal unter den Tisch, dass es uns als GEW auch um die Qualität in der Ausbildung geht und um inhaltliche Reformen. Dazu hatten wir mehrere Vorschläge gemacht, ein gemeinsames Lehramt für die Sekundarstufe I und II, um die Lehrkräfte flexibler einsetzen zu können und um eine Verbeamung in weiteren Schulformen zu ermöglichen, eine Reform der Ausbildung an Grundschulen, zehn Semester mit einem Fach der Förderschulen bzw. Deutsch als Fremdsprache oder auch Sozialpädagogik. In vielen Bundesländern ist das schon gang und gäbe, Sachsen-Anhalt ist aus meiner Sicht dabei, hier den Anschluss zu verlieren.

Ich kann mir nur wünschen, dass diese Fragen auch innerhalb der Universitäten eine Rolle spielen und wir auch diese inhaltlichen Fragen weiter diskutieren. Keinesfalls darf die Argumentation jetzt in die Richtung gehen, dass diese Fragen tabu seien, solange es einen Lehrkräfte-mangel gibt. Im Gegenteil, Reformen brauchen einen Vorlauf, eine Diskussionsphase, da sollten wir jetzt anfangen.

Hans-Dieter: Tatsächlich tut es geradezu weh, dass jetzt nicht wenige unter dem Druck des Lehrkräfte-mangels pädagogische Reformen samt ihrer Einbindung in die Studienprogramme zurückstellen oder gar vermeiden wollen. Trotzdem nochmals eine Bemerkung zu den Zahlen: Von 800 Studienanfängern in Halle pro Jahr und 200 in Magdeburg ist die Rede. Ministerpräsident Haseloff brachte diese Zahlen und die Einstellung von 1.000 Lehrkräften in die Zweijahresbilanz seiner Regierung ein. Können wir wirklich den Durchbruch feiern?

Eva: Die Diskussion über die Quantitäten hat uns lange beschäftigt und bei der Landesregierung nun endlich die Einsicht geweckt, dass weniger wohl nicht ausreichend ist. Offensichtlich lehnt man sich dort nun erst einmal erschöpft zurück. Die GEW ist nach wie vor der Auffassung, dass diese Zahlen nicht ausreichen; auf jeden Fall spricht sogar der Bericht der Expertengruppe von 1.250 Erstsemestern für das Lehramt. Die GEW ist ebenfalls der Auffassung, dass diese Zahlen zu niedrig sind, allein schon deshalb, weil die Studienerfolgsquote längst noch nicht bei 75 Prozent liegt. Es ist notwendig, hier eine Nachsteuerung zu verabreden, um nahe am Bedarf zu bleiben.

Hans-Dieter: Ich höre schon wieder das Argument, dass von den wenigen Abiturienten nicht ein Fünftel Lehramt studieren könnten und auch gar nicht wollen.

Eva: Die scheinbar überzeugende Argumentation, dass von den rund 6.000 sachsen-anhaltischen Abiturienten längst nicht so viele Lehrämter studieren wollten, kann man leicht entkräften. Thüringen hat ebenso viele Schülerinnen und Schüler und längst schon auf ca. 1.200 Studierendenplätze aufgestockt. Wenn Magdeburg Sekundarschullehrkräfte in Mathematik und Physik ausbildet, können mit diesem Angebot vielleicht auch die Kreise im Norden besser erreicht werden. Bisher leben wir mit Behauptungen und keiner weiß, ob diese richtig sind, weil es einfach nicht ausprobiert wurde. Außerdem gibt es immer noch NCs auf Lehramtsstudiengänge.



→ **Hans-Dieter:** Wenn Halle seine Kapazitäten nicht weiter aufstocken kann oder will, müsste man dann nicht die Magdeburger Uni darin bestärken, ihre Möglichkeiten zu erweitern?

Eva: Beide Hochschulen sollen Lehrkräfte ausbilden. Aus meiner Sicht kann es dabei keine Tabus geben, auch was das Grundschul Lehramt betrifft.

Hans-Dieter: Bekanntlich spielen bei der Definition der Aufgaben der Hochschulen vielfältige Interessen, einschließlich die Forschung und die Fächerstrukturen betreffende, eine Rolle. Manche sagen einfach, dass man Hochschulen in die Pflicht nehmen soll. Wie sieht das die GEW?

Eva: Die Landesregierung muss sich selbst in die Pflicht nehmen. Die Ausbildung von Lehrkräften ist Aufgabe der Länder – Wer sonst soll das machen? Wir müssen hier nicht nur erwarten, sondern sicher sein, dass jedes Land diese Aufgabe erfüllt, unabhängig von der politischen Ausrichtung. Aus meiner Sicht heißt das, dass die Verabredungen in der KMK unbedingt eingehalten werden: Jedes Land bildet die Lehrkräfte aus, die dort benötigt werden.

Hans-Dieter: Wie die Landesregierung und das Parlament dann mit den Hochschulen verhandelt, ist ihre Sache. Ich erinnere nur daran, dass es vor 15 Jahren nicht an Phantasie fehlte, den jetzigen Scherbenhaufen anzulegen. Ohne Investitionen wird es Korrekturen nicht geben.

Ich will nochmals auf die inhaltlichen Reformen zurückkommen. Was machen wir nun mit den Aufgaben wie Inklusion und Digitalisierung? Wie werden Schwerpunkte im Fächerspektrum gefunden? Welche neuen Inhalte brauchen die Lehrämter für Grundschule, Förderschule, Sekundarstufe I und II?

Eva: Offen gesagt, ist die GEW, wenn nicht überfordert, so doch auf den Rat der Praxis wie der Wissenschaft angewiesen. Wir brauchen Antworten auf diese Fragen. Ein geschlossenes Konzept haben wir aber noch nicht. Zu den Fächern hat die Expertenkommission bestimmte Schwerpunkte genannt. Daran sollten wir uns halten, auch bei der fachlichen Weiterbildung von Seiteneinstiegerinnen und Seiteneinstiegern. Hier ist die Studienberatung gefordert.

Hans-Dieter: Ich sehe da anspruchsvolle Aufgaben auf die GEW zukommen.

Neben der viel bestimmter anzuhaltenden Frage, was in der Lehrerbildung in den Mittelpunkt rücken soll, stellt sich ganz simpel die Frage: Wer soll die Studierenden ausbilden? Ich meine damit nicht nur die bekannten, eher unattraktiven Beschäftigungsverhältnisse an den Unis.

Eva: Ich glaube zu verstehen, worauf du hinaus willst: Es geht um die Tätigkeit von aktiven Lehrkräften in der Lehrerbildung. Dass Lehrkräfte Fortbildung für Lehrkräfte machen, ist schon fast selbstverständlich; viele der Abrufangebote werden von Lehrerinnen und Lehrern für ihre Kolleginnen und Kollegen gestaltet, beim Programm „Abgucken erlaubt“ werden andere Lehrkräfte in die eigene Schule eingeladen. Sich über die beste Praxis beim Unterrichten auszutauschen, ist gut und vernünftig.

Lehrkräfte, die in der ersten Phase ihr Wissen vermitteln, sind jedoch Mangelware. Es ist oftmals mit gehörigem Aufwand verbunden, wenn sie an den Unis arbeiten wollen. Nun könnte man vermuten, dass das an den beiden unterschiedlichen Ministerien liegt. Denn vernünftig wäre eine Zusammenarbeit allemal. Lehrkräfte mit Erfahrung in der Schule könnten schulpraktische Übungen leiten, in den Didaktiken arbeiten, dort promovieren oder eben mit den Erfahrungen in die Schulen zurückkehren. Eine volle oder halbe Abordnung über fünf Jahre macht das Ganze planbar und schafft auch für Lehrkräfte mal eine andere Perspektive, den Blick über den Tellerrand. Das würde ich befürworten.

Hans-Dieter: Und welche Perspektiven sieht die GEW für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die keinen Rückzugsort Schule haben? Schließlich scheuen die Hochschulen unbefristete und Vollzeitstellen immer noch, obwohl sie damit die Attraktivität ihrer Beschäftigungsverhältnisse in Frage stellen.

Eva: Die Argumentation, dass die Unis auch bei den bisherigen Prognosen bis 2030 immer noch nicht genügend Sicherheit hätten, feste Stellen in der Ausbildung von Lehrkräften zu schaffen, hat mich besonders aufgeregt. Lehrerbildung ist Daueraufgabe, auch über 2030 hinaus! Auch an den Unis scheiden ältere Kolleginnen und Kollegen aus und neue suchen eine Perspektive. Hier sind jetzt die Unis gefordert, die Planung aus dem Bildungsministerium weiterzuführen und personell zu unterstützen. Und, ganz deutlich, es geht um eine Daueraufgabe; dazu braucht man dauerhafte Stellen. Es wird Zeit, dass wir hier im Land einen Konsens finden, dass die Lehrerbildung unbefristete Stellen braucht, auch im Mittelbau, dass man diesen Bereich nicht nur mit prekären Arbeitsverhältnissen abfrühstückt kann. Hier wird die GEW weiter deutlich mahnen.

Hans-Dieter: Bekanntlich steht uns eine lange Durststrecke bevor, bis die neu ausgebildeten jungen Lehrkräfte in die Schulen kommen. Probates Mittel in der Not wäre doch, die Unterrichtsversorgung durch verändertes Lehrdeputat wenigstens teilweise zu verbessern. Mich wundert, dass sich niemand wagt, diese unpopulärste aller unpopulären Maßnahmen vorzuschlagen.

Eva: Oh, das Finanzministerium hat das schon getan, zuletzt in der Stellungnahme zum Bericht der Expertenkommission. Ich glaube, dass wir beide unsere Mitglieder gut genug kennen, um zu sagen, dass dies nicht spurlos an der Landesregierung vorbei gehen würde.

Hans-Dieter: Hat die GEW hier alternative Ideen?

Eva: Die GEW hat freiwillige Arbeitszeitkonten angeboten, um die schlimmste Not zu lindern. Die wurden zunächst abgelehnt mit der Begründung, dass man dann über die Wahlperiode hinaus Vorsorge treffen und Rücklagen bilden müsste. Das erwarten wir auch als GEW. Vielleicht sollte man zur Entscheidungsfindung die Mehrstunden zählen, die die Lehrkräfte bisher im Schuljahr angehäuft haben. Die müssten im nächsten Schuljahr abgegolten werden und stehen somit nicht für die Unterrichtsversorgung zur Verfügung.



Hans-Dieter: Du hast gebetsmühlenartig bei jeder Gelegenheit aufgefordert, zur Analyse und für Ideen zur Linderung der größten Not einen runden Tisch einzuberufen. Was sollte dieser leisten? Haben wir nicht gut bezahlte Leute in den Ministerien und Ämtern, die selbst auf Lösungen kommen müssten?

Eva: Aus meiner Sicht geht es hier um einen politischen Konsens, der durchaus auch Geld kosten kann. Man muss nur nach Sachsen schauen, um zu sehen, dass es umso teurer wird, je länger man wartet.

Hans-Dieter: Was würdest du im Hausaufgabenheft der Landesregierung besonders fett schreiben und ganz gründlich in der Erfüllung kontrollieren?

Eva: Zurzeit wird der Mangel an Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen auf den Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen an den Schulen ausgetragen. Mehrstunden, Kürzungen bei den Anrechnungen für die Betreuung im Vorbereitungsdienst, kaum Hilfe bei der Inklusion und „effizienzsteigernde Maßnahmen“, also mehr Druck und Arbeitsverdichtung, weil die Erfüllung der Aufgaben natürlich weiterhin wie selbstverständlich erwartet wird. Das sind keine Mittel, mit denen man die Probleme löst. Im Gegenteil: Wir müssen über Entlastung reden, über Fragen der Arbeitszeit und über Anerkennung! Auch wenn Geld nicht alles ist, Anerkennung wird auch über Bezahlung sichtbar, u.a. ist die A13/E13 im Grundschulbereich überfällig, ebenso Beförderungsämter, die die Bezahlung der Schulleitungen verbessern. Sie dürfen nicht jahrelang auf's Geld warten müssen.

Mehr- und Minderzeiten:**Flexiblen Unterrichtseinsatz in vollem Umfang anrechnen**

Ein Kritikpunkt der GEW ist die Nichtanerkennung der Mehr- und Minderzeiten an Projekttagen, bei Sportfesten oder ähnlichen Unterrichtstagen mit ganztägig geänderter Unterrichtsorganisation. Diese Ungleichbehandlung im Flexi-Erlass muss schnellstmöglich geändert werden.

greifender Unterricht projektorientiert erfolgen soll. Warum erkennt der Flexi-Erlass diesen projektorientierten Unterricht nicht als vollwertigen Unterricht an? Bei den Schülerinnen und Schülern ist eigenverantwortliches Handeln und Leistungsbereitschaft zu fördern, die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen wird dabei nicht vollumfänglich anerkannt.

Projektunterricht anrechnen

Projektarbeit ist Unterricht in einer anderen Organisationform. Wenn die Kolleginnen und Kollegen fünf bzw. sechs Stunden Projektunterricht durchgeführt haben, dann muss ihnen die Unterrichtszeit auch voll angerechnet werden. Die Kolleginnen und Kollegen müssen diese Projekttage aufwändig vorbereiten, die Materialien, die den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt werden, müssen mit einem hohen Zeitaufwand ausgewählt und aufbereitet werden. Diese zeitintensive Vorbereitung findet sowohl in den Grundschulen, als auch in den weiterführenden Schulen statt. Der Stundenplan wird an den einzelnen Projekttagen zeitweilig geändert, es wird in dieser Zeit qualitativ hochwertiger Unterricht angeboten. Mit den Schülern wird während der Projektarbeit individuell gearbeitet, wie es bei anderen Unterrichts-

formen ebenso praktiziert wird. Da ist es nicht nachvollziehbar, dass die Stunden aus dem Projektunterricht laut Flexi-Erlass nicht als Mehrstunden gezählt werden. Wenn Projektarbeit oder pädagogische Angebote nicht in vollem Umfang angerechnet werden, heißt das dann im Umkehrschluss, dass sie auch keine Vor- und Nachbereitungszeit benötigen?

Pädagogische Angebote würdigen

Das ist eine völlige Fehleinschätzung. Pädagogische Angebote oder Projekte im Rahmen von Ganztagschulen erfordern, die ganze Aufmerksamkeit und Arbeitskraft der Kolleginnen und Kollegen. Die pädagogischen Angebote an den Grundschulen und weiterführenden Schulen sind ein Baustein und zeichnen die Vielfalt von Schule aus. Diese Angebote tragen zu einem abwechslungsreichen und interessanten Schulalltag der Schülerinnen und Schüler bei. Deshalb fordern wir die volle Anrechnung der Unterrichtsstunden bei geänderter Unterrichtsorganisation, egal ob es pädagogische Angebote, Projekte, Sportfeste, Theaterbesuche etc. betrifft. Hier wird der Schulalltag vielfältig und lebendig gestaltet.

Ulrich Härtel,
Leiter des VB Tarif + Recht

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns über eure Anregungen, Erfahrungsberichte und Kritiken zu dieser Themenreihe.

<https://gew-sachsenanhalt.net/kontakt/kontaktformular-lv>

Eine moderne Schule erfordert auch in bestimmten Situationen einen flexiblen Einsatz der Kolleginnen und Kollegen. Das kann aber nicht zum „Nulltarif“ bzw. ohne Anrechnung der geleisteten Arbeit erfolgen. Im Schulgesetz ist verankert, „jeder junge Mensch hat das Recht auf eine seinen Begabungen, seinen Fähigkeiten und seine Neigung fördernde Erziehung, Bildung und Ausbildung.“ In den Grundsatzbänden der einzelnen Schulformen wird beschrieben, dass fächerverbinder und fächerüber-

Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte:**Anrechnungsstunden an Fachgymnasien der BbS**

Die Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte ArbZVO-Lehr regelt für alle Beschäftigten – für Angestellte und Beamte – nicht nur die Regelstundenzahl der Kolleginnen und Kollegen, sondern unter anderem auch erlaubte Abweichungen (flexibler Unterrichtseinsatz) und Anrechnungstatbestände. In beiden Fällen kommen die Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen schlecht weg – ohne erkennbaren Grund.

man die Schulform Fachgymnasium gegenüber den anderen Schulformen (z.B. Berufsschule, Fachoberschule, BVJ ...) nicht einfach „herauslösen“ kann.

Das sehen wir als Gewerkschafter ganz anders: Im allgemeinbildenden Gymnasium und in den Gesamtschulen wird die gymnasiale Oberstufe ja genauso herausgelöst. Auch hier gibt es Kolleginnen und Kollegen, die nicht in der gymnasialen Oberstufe unterrichten.

Und der erfolgreiche Besuch des Fachgymnasiums führt ebenso zur allgemeinen Hochschulreife wie an allen anderen Schulformen mit gymnasialer Oberstufe. Warum die nach §9 ArbZVO-Lehr vorhandenen Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen am Fachgymnasium nicht vorhanden sein sollten, ist für uns nicht nachvollziehbar. Deshalb bieten wir unseren Mitgliedern an, gemeinsam mit unserer Rechtsstelle den Klageweg zu beschreiten.

„normale“ Information, für Beamtinnen und Beamte als widerspruchsfähiger Bescheid. Gegen einen solchen Bescheid muss dann innerhalb von einem Monat Widerspruch schriftlich eingeleitet werden, da sonst Rechtskraft eintritt.

Bei Erhalt einer Ablehnung wenden sich alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen bitte umgehend an die GEW-Rechtsstelle in der Magdeburger Geschäftsstelle.

Was mache ich, wenn ich schon vor längerer Zeit eine Ablehnung erhalten und nicht reagiert habe? Auch in diesem Fall wendet euch mit der Antwort des Landesschulamtes bitte umgehend an die GEW-Rechtsstelle. Dort wird geprüft, ob eventuelle Fristen schon überschritten wurden. Auch wenn das der Fall sein sollte, kann das Verfahren neu eingeleitet werden. Lediglich die bis zu einem erneuerten Antrag angefallenen Stunden können dann nicht mehr berücksichtigt werden.

Das Problem

Das Problem für die Kolleginnen und Kollegen im „Fachgymnasium“: In §9 der ArbZVO-Lehr werden richtigerweise den Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien Anrechnungsstunden gewährt, sofern sie in der gymnasialen Oberstufe unterrichten. Bei mindestens acht Stunden wird eine Anrechnungsstunde, bei mindestens 16 Stunden werden zwei Anrechnungsstunden gewährt. Erteilte Sportstunden zählen dabei nur zur Hälfte. Da das Fachgymnasium in der Verordnung nicht explizit erwähnt wird, wurden den dort unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen die Anrechnungsstunden bisher nicht gewährt. Als eine wesentliche Begründung für diese Vorgehensweise wurde u.a. angeführt, dass

Lösungsansätze

Da die Anrechnungsstunden auf der Basis des §9 der ArbZVO-Lehr grundsätzlich nicht gewährt werden, ist zunächst eine schriftliche Geltendmachung (für Tarifbeschäftigte) bzw. Beantragung (für Beamtinnen und Beamte) im Landesschulamt nötig.

GEW-Mitglieder finden auf unserer Homepage www.gew-sachsenanhalt.net im Downloadbereich die entsprechenden rechts-sicheren Vordrucke. Dazu ist ein Einloggen in den Mitgliederbereich erforderlich. Das ist selbstverständlich für jedes Mitglied unkompliziert möglich.

Darauf erfolgte bisher immer eine schriftliche Ablehnung. Für Tarifbeschäftigte als

Andere Schulformen haben doch auch besondere Belastungen – setzt ihr euch für die auch ein? Als Landesarbeitsgruppe innerhalb der GEW Sachsen-Anhalt verstehen wir uns als Vertreter*innen aller Kolleginnen und Kollegen. Deshalb arbeiten wir kontinuierlich an den verschiedensten Problematiken, z.B. Anrechnung von Reisezeit als Dienstzeit, Auslegung des Flexierlasses oder neue Verordnungen zum BVJ. Selbstverständlich beschäftigen uns alle Probleme gleichermaßen.

Malte Gerken,
Lehrerbezirkspersonalrat im LSCHA Halle,
Fachgruppe Berufsbildende Schulen

Argumentationshilfe zur Mitgliedergewinnung (Teil 2):

Das A und O der Mitgliederwerbung

Wer ist glaubwürdiger als die Kollegin vor Ort, wer informierter als der Kollege nebenan? Schließlich kennst du die Probleme deiner Kolleginnen und Kollegen am besten, weißt „wo der Schuh drückt“. Du bist Experte in deiner eigenen Sache, kennst die Aufhänger für ein Gespräch besser als jeder Werbestrategie von außen – ob es die fehlende Kinderbetreuung, die Arbeitszeit, die stressige Arbeitsverdichtung, die ungerechte Eingruppierung oder die zu niedrige Entlohnung ist. Du weißt, Veränderung brauchen oft Zeit und Geduld. Die Praxis hat uns gezeigt, je mehr Mitglieder wir sind, desto eher werden die Belange der Kolleginnen und Kollegen ernst genommen und um so größer ist die Chance auf Veränderung zugunsten der Beschäftigten.

Konkrete Anlässe, die genutzt werden können

Begrüßung: Zur feierlichen Vereidigung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) überreicht die GEW Sachsen-Anhalt allen LiV eine Zuckertüte. Mit der Zuckertüte erhalten alle LiV Informationen der GEW für ihren Vorbereitungsdienst sowie eine Einladung zur Vorbereitung auf den Schulrechtstest. Diese Einladung bietet einen guten Gesprächseinstieg über eine Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft.

Ende des Vorbereitungsdienstes: Einige Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst treten nach der Beendigung ihres Vorbereitungsdienstes aus der GEW aus. Es gibt allerdings die besseren Argumente dafür, Mitglied zu bleiben.

Berufseinstieg: Die GEW ist auch vor Ort erlebbar. Deshalb ist es wichtig, dass wir unseren neuen Kolleginnen und Kollegen unser Gesicht zeigen und sie in ihrer neuen Schule willkommen heißen. Es gehört zum guten Ton, neue Kolleginnen und Kollegen zu begrüßen. Das ist ein guter Gesprächsanlass, um sie von einer Mitgliedschaft zu überzeugen.

Konflikte in der Schule: In Konfliktsituationen halten die Menschen zusammen – und lassen sich überzeugen, solidarisch zu sein und der GEW beizutreten. Bei der Planung und Beteiligung an einer gewerkschaftlichen Kampagne, z.B. Arbeitszeiterhöhung, Arbeitsbelastung, sollte deshalb Mitgliedergewinnung unbedingt zum Aktionsplan gehören!

Tarifbewegungen/Übernahme der Ergebnisse für verbeamtete Kolleginnen und Kollegen: Tariferfolge liefern Entgelterhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen und gute Argumente für eine Mitgliedschaft. Der unmittelbare Nutzen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft, der sich während einer Tarifbewegung besonders deutlich darstellt, sollte zur Mitgliedergewinnung genutzt werden. Hier können wir unsere Kolleg*innen darauf hinweisen, dass die Übernahme des Tarifergebnisses für verbeamtete Lehrkräfte nicht automatisch erfolgt. Sie ist vielmehr abhängig von den politischen Einflussnahmen unserer Gewerkschaft auf die Politik. Unsere Stärke wird dabei besonders in einer entsprechenden Mitgliederstärke deutlich.

Anlass für ein Gespräch oder einen ersten Kontakt können darüber hinaus GEW-Flyer, eine GEW-Veranstaltung, Aktionen oder auch eine Einladung zu einer GEW-Veranstaltung sein.

Checkliste für die Führung eines Werbegesprächs

- Eine passende Umgebung suchen: Eine Umgebung, wo ein konzentriertes Gespräch in einer guten Atmosphäre möglich ist – z.B. Pausenhof, Lehrerzimmer, Vorbereitungsräum etc.
- Ausreichend Zeit einplanen: Ein gutes Gespräch braucht seine Zeit. Und sich Zeit zu nehmen, signalisiert dem Gesprächspartner Wertschätzung.
- Bedürfnisse des Gesprächspartners erkennen: Ausgangspunkt für ein Werbegespräch sollten die Bedürfnisse und Wünsche der nicht organisierten Beschäftigten sein.
- Probleme ansprechen: Offen und kritisch Probleme in der Schule ansprechen, sie dem anderen aber nicht „in den Mund legen“.
- Nicht aufdringlich sein: Den anderen nicht mit allen Mitteln überreden wollen, sondern freundlich am Ball bleiben.
- Gegenargumente ernst nehmen: Die Person nicht abbügeln oder generiert auf ihre Zweifel reagieren, sondern ihre Argumente aufgreifen und wenn möglich entkräften.
- Aktiv zuhören und keine fertigen Lösungen anbieten: Den anderen aussprechen lassen, Raum für eigene Gedanken geben und durch Nachfragen zum Nachdenken anregen.
- Überzeugend sein: Nur von Dingen sprechen, von denen man selbst überzeugt ist.
- Ehrlich sein: Zugeben, wenn man etwas nicht weiß – und Zusagen vermeiden, die man nicht einhalten kann.
- Verständlich sein: Klar und verständlich formulieren und komplizierte, lange Sätze vermeiden.
- Professioneller Abschluss: Tritt jemand nicht ein: Für das Gespräch danken.
- Die Zeit für den Eintritt war also noch nicht „reif“, stattdessen einen neuen Termin vereinbaren.
- Tritt ein Kollege ein: Das Dankeschön nicht vergessen.

Ansprache auf eine GEW-Mitgliedschaft

Nicht allen von uns ist es in die Wiege gelegt, locker und spontan ein Gespräch zur Mitgliedschaft in der GEW zu führen. An dieser Stelle geben wir dir einige Tipps und Überlegungen zur Führung eines Gesprächs in die Hand.

Vorbereitung auf ein Gespräch

- Zeit und Gesprächsrahmen so planen, dass die Bedingungen optimal sind. In die Situation hineinversetzen und den Gesprächs-Einstieg üben.
- Inhalte zurechtlegen, einen Argumentations-Katalog erstellen. Was sind die passenden Botschaften? Was sind erwartbare Gegenargumente?
- Das unterstützende Material bewusst auswählen. Sich gezielt für bestimmte Publikationen und Werbemittel entscheiden. Wichtig: Weniger ist mehr.
- Ein SMARTes Ziel setzen:
 - Spezifisch: Ziele müssen klar und eindeutig benannt sein.
 - Messbar: Ziele müssen messbar sein.
 - Angemessen: Ziele müssen realistisch erreichbar sein.
 - Relevant: Ziele müssen bedeutsam sein.
 - Terminiert: Zu jedem Ziel gehört eine Terminvorgabe.

Kontakt auf gleicher Höhe aufbauen

- Offen und authentisch auftreten. Und lächeln!
- Eine kleine Geste oder ein passendes Geschenk unterstützen die freundliche Begrüßung.
- Die Gesprächseröffnung so gestalten, wie es der Situation und der Beziehung angemessen ist. Ggf. persönlich vorstellen.
- Vergewissern, dass ein Gespräch jetzt willkommen ist.
- Das Gegenüber immer wieder mit seinem Namen anreden.
- Zum Gesprächseinstieg im Smalltalk eine vertrauliche, angenehme Atmosphäre schaffen.
- Offen und selbstbewusst zum Thema überleiten

Gesprächsaufnahme –

wertschätzend und interessiert

- Neugierig auf die Gesprächspartnerin / den Gesprächspartner sein.
- Eine positiv-interessierte Grundhaltung macht sicher und gelassen.
- Motto: Ich bin okay – du bist okay.
- Die Bedürfnisse des Gegenübers erkennen. Offene Fragen liefern viele wertvolle Informationen – Wer? Wie? Was? Wozu? Warum? Inwiefern?
- Transparenz schaffen und Vertrauen gewinnen durch begründete Fragen – „Ich frage, weil ...“ oder „Ich frage, weil es dir offenbar wichtig ist, dass ...“
- Interesse durch aktives Zuhören zeigen. Hörbar und sichtbar aufnehmen. Das Gehörte mit eigenen Worten umschreiben. Die Gesprächspartnerin den Gesprächspartner dabei hilft, bewusst zu machen, was gefühlsmäßig mitschwingt.

Argumentation –

maßgeschneidert und klar

- Mit griffigen Beispielen arbeiten und aktuelle Anlässe einbinden.
- Immer den persönlichen Nutzen betonen – konkret und anschaulich.
- Strukturiert und systematisch argumentieren
- Der klassische Viersatz: 1. Behauptung, 2. Begründung, 3. Beispiel, 4. Schlussfolgerung.
- Rational und emotional argumentieren. Mit Zahlen, Daten und Hintergründen den Verstand ansprechen und ganz menschlich an Gefühle, Sehnsüchte und Bedürfnisse appellieren.
- Einwände ernst nehmen, sie sind Fragen des Gegenübers.
- Man kann sie:
 - vorwegnehmen – „Sicher fragst du dich ...“
 - durch Rückfragen entschärfen – „Wie meinst du das genau? Ein Beispiel?“
 - positiv aufwerten – „Okay, das kann ich gut verstehen“
 - umwandeln – „Du willst also sagen, dass ...? Wir müssten also klären ...“
 - auf Eis legen – „Das halten wir mal fest für später“
 - abwägen – „Ja, das stimmt natürlich – einerseits. Andererseits ...“
 - offen als Fragen behandeln – „Dazu weiß ich nichts ...“

GEW KV Mansfeld-Südharz: Zum 20. Bildungstag anmelden

Von A wie „Aktuelles aus dem Rentenrecht“ bis Y wie „Yoga für Kinder“ bietet der GEW-Kreisverband Mansfeld-Südharz zu seinem 20. Bildungstag elf interessante Arbeitsgruppen an. Das Einführungsreferat befasst sich mit den digitalen Medien im Kindes- und Jugendalter. Der Bildungstag findet am 14. April 2018 in der Lutherstadt Eisleben statt. Das komplette Programm und Anmeldemöglichkeiten findet man unter <https://gew-sachsenanhalt.net/go/bildungstag-msh>



Einladung zum Workshop: „Exposéschreibwerkstatt“

Wir, die junge GEW Sachsen-Anhalt, laden Promovierende und Promotionsinteressierte zum Workshop „Exposéschreibwerkstatt“ ein. Der Workshop findet von Freitag, den 4. Mai 2018, von 10:00 bis 17:00 Uhr, bis Samstag, 5. Mai 2018, von 9:00 bis 16:00 Uhr im Büro des DGB (Augusta-Straße 1) in Halle statt. Er ist für maximal 16 Teilnehmer*innen ausgelegt. Eine verbindliche Anmeldung ist bis zum 27. April 2018 bei Katja Kämmerer (E-Mail: katja.kaemmerer@gew-lsa.de) möglich. Für GEW-Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos, für Nicht-GEW-Mitglieder wird eine Gebühr von 20 € erhoben, die vor Ort zu zahlen ist. Die Verpflegung wird von uns organisiert. Weitere Informationen findest du auf www.facebook.com/JungeGewSachsenAnhalt/ oder über Doreen Pöschl (E-Mail: doreen.poeschl@gew-lsa.de).

10. Bildungstag Harz: Warum es doch dumme Fragen gibt ...

Der GEW-Kreisverband Harz lud am 10. März zum 10. gemeinsamen Bildungstag der Harzkreise nach Blankenburg ein. 95 Kolleginnen und Kollegen fanden trotz Grippewelle den Weg in das Gymnasium „Am Thie“, um zunächst von Dr. Böhm durch das Einführungsreferat „Reden ist Silber und fragen ist Gold – wie man mit Fragen Lernprozesse unterstützt“ gefesselt zu werden. Nach diesem Referat hatten die Teilnehmer des Bildungstages die Möglichkeit, in fünf verschiedenen Arbeitsgruppen am Nachmittag zu arbeiten. Die meisten Teilnehmer blieben bei Dr. Böhm, um sich mit psychologischen Aspekten von Fragen und Feedback zu beschäftigen. Hier gab es Antworten darauf, warum es doch dumme Fragen gibt und wie man schlaue Fragen formuliert bzw. wie man Einwände von Vorwänden unterscheidet und wie man Killerphrasen und Vagheiten umgeht. In der Arbeitsgruppe von Marietta Melms ging es um Entspannung unter dem Thema „Pilates einmal anders – sanfte Ganzkörperbewe-

gungen“. Auch die anderen Arbeitsgruppen von Diplom-Sozialpädagogin Marian Louise Giffhorn „Mit Hand und Fuß durch die Entwicklung oder Porsche fahren mit angezogener Handbremse“, von Frau Liebich über „Selbstwertförderung als Grundlage des Gelingens positiver Lernerfahrung“ und von Torsten Richter zum Thema „Wie kommunizieren unsere Schüler? – Facebook,

WhatsApp, Snapchat & Co.“ wurden sehr gut angenommen.

Die während der Verpflegungspausen eingenommenen Mittel werden wieder an soziale Einrichtungen im Harzkreis gespendet, in diesem Jahr soll diese Spende jeweils zur Hälfte an den Jugendclub Blankenburg und an die Kindertagesstätte Ilsenburg gehen.

Michael Winkler

8. Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt



Die 8. ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt findet vom 23. bis 24. November 2018 im Ratswaage Hotel Magdeburg statt. Sie beginnt am 23. November 2018 um 10:00 Uhr und endet am 24. November 2018 um 18:00 Uhr.

Tagesordnung

- Aussprache zum Geschäftsbericht und Entlastung des Landesvorstandes
- Wahl des neuen Landesvorstandes
- Antragsberatung
- Diskussion über aktuelle bildungs- und tarifpolitische Fragen
- Wahl der Kassenprüfungskommission und Mitglieder der Landesschiedskommission

Antragsfristen/Antragsberechtigung

Entsprechend der Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt müssen

1. Satzungsänderungsanträge bis spätestens 23. Juli 2018 in der GEW-Landesgeschäftsstelle schriftlich, per Post oder E-Mail, eingegangen sein und
2. eigenständige Anträge bis spätestens 11. Oktober 2018 in der GEW- Landesgeschäftsstelle schriftlich, per Post oder E-Mail, eingegangen sein.

Antragberechtigt laut Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt sind Delegierte, die Kreisverbände, der Landeshauptausschuss und der Landesvorstand.



Foto: GEW-Kreisverband Harz

Kinder- und Jugendliteratur-Tipp: Der Sommer ihres Lebens

**Thomas von Steinaecker, Barbara Yelin (Ill.);
Der Sommer ihres Lebens; Reproduct 2017;
ISBN 978-3-95640-135-0; Preis: 20,00 €, 80
Seiten; Altersempfehlung: ab 14 Jahre**

Erzählt wird die Geschichte der Gerda Wendt, die fünfundachtzigjährig ihren Alltag im Altersheim verbringend auf ihr langes Leben zurückblickt und sich nach der Richtigkeit ihrer getroffenen Entscheidungen fragt. Eine befristete Anstellung an der Universität Cambridge lehnte sie zugunsten einer romantischen Beziehung ab. Eine Entscheidung für eine Liebe, die aber letztlich doch enttäuschend verläuft und ohne Happy End bleibt. Alles falsch gemacht? Oder – weil sonst das eigene Kind nicht wäre – doch alles richtig? Im Grunde stellt sich für die promovierte Physikerin diese Frage nicht wirklich, denn es ist wie mit den Sternen und Sternbildern, die wir am Himmel erblicken können: Das von ihnen ausgehende Licht ist in

dem Moment, wo wir es sehen, schon längst erloschen. Man kann ihren Anblick bewundern und genießen, doch die Tatsache, dass sie längst vergangen sind, lässt sich nicht verändern. Im Herbst des Lebens angekommen, lässt sich des längst vergangenen Sommers gedenken, so wie er war (und vermutlich auch sein sollte). „Der Sommer ihres Lebens“ ist ein poetisch-lyrisch anmutender Comicroman über einen Rückblick auf ein gelebtes Leben, der nicht ganz schmerzfrei verläuft, aber kathartisch wirkend dabei hilft, loszulassen. Seit Oktober 2015 haben der Schriftsteller Thomas von Steinaecker und die Comiczeichnerin Barbara Yelin in einer Kollaboration für das literarische Onlinemagazin HUNDERTVIERZEHN einen Webcomic gestaltet, der nun in erweiterter und stark überarbeiteter Fassung auch in einer Druckversion erhältlich ist. Solch eine Übertragung von einem Medium

in ein anderes geht meist nicht ganz ohne Probleme vonstatten: Hier passiert dies etwa, wenn ein in der Onlineversion hochformatiges Panel, das sich in einer beachtlichen Länge von oben nach unten erstreckt und für das Betrachten ordentlich gescrollt werden muss, wenn also dieses Panel für die Druckausgabe – um es in seiner Größe zu erhalten – auf zwei Seiten aufgeteilt werden muss und damit die dem Bild im Originalzustand innewohnende Dynamik (und auch der Witz) etwas abhanden kommt. Ansonsten gilt, dass die feinen und detailreichen, mit Tusche und Tinte aquarellierten Zeichnungen Yelins auch auf papierner Oberfläche einiges hermachen. Und schon allein wegen der zahlreichen hinzugefügten Panels und neuer Details in den Bildern ist das vorliegende Buch ein Gewinn.

Mario Zehe für die AJuM Sachsen-Anhalt



Die GEW gratuliert im April

90 Jahre

Willy Barth, Wittenberg,
OT Nudersdorf

87 Jahre

Gerhard Hedderich, Bad Harzburg
Helga Kirchner, Wernigerode

86 Jahre

Werner Bunk, Bernburg
Ruth Krell, Magdeburg

85 Jahre

Eleonore Strohmeier, Schönebeck
Elisabeth Witschaß, Halberstadt
Ingeborg Ahmann, Wittenberg
Helmut Ebert, Wolmirstedt

84 Jahre

Edith Zwirnmann, Bad Dürrenberg
Hildegard Maria Sieberg, Haldensleben

83 Jahre

Jutta Weber, Magdeburg
Klaus Schulze, Elsteraue, OT Göbitz
Ruth Blaszczyk, Aschersleben
Hannelore Behrends, Magdeburg
Helga Eisenschmidt,
Halle-Neustadt

82 Jahre

Elisabeth Bäse, Quedlinburg
Rosemarie Hanisch, Ermsleben
Ilse Bernick, Magdeburg
Walter Naumann, Dessau-Roßlau

81 Jahre

Jutta Seefeldt, Blankenburg

80 Jahre

Elisabeth Zander, Zerbst
Walter Griesche, Thale
Norbert Küpper, Gardelegen,
OT Peckfitz

Anneliese Rocktäschel, Magdeburg
Wolfgang Möhring, Tangermünde

Edith Moderzinske, Havelberg
Margit Günther, Gräfenhainichen,
OT Tornau

Waltraud Beier, Klinze
Lisa Gebhardt, Remkersleben

79 Jahre

Anneliese Ulrich, Leißling
Edith Donath, Lützen
Günter Oelke, Staßfurt
Ingeborg Lehmann, Stendal
Elisabeth Könnecke, Neuenhofe
Dr. Wolf Kummer, Halle
Christine Riecke, Weferlingen
Anneliese Maslock, Bindfelde

Heiner Hermann, Zeitz, OT Kayna
Gerda Herrmann, Apenburg
Hans-Jürgen Gohs, Zerbst

78 Jahre

Ingeborg Eckert, Halberstadt
Rudolf Fischer, Wernigerode
Marlene Banse, Tangerhütte,
OT Bittkau

Käthe Günther, Merseburg
Bärbel Jacob, Gutenswegen
Marga Landes, Schönebeck

77 Jahre

Christa Voss, Landsberg,
OT Eismannsdorf
Helga Hartwig, Halle
Erhard Kästner, Arnstein,
OT Wiederstedt
Reinhard Schoeps, Gardelegen
Gunda Posselt, Halberstadt

Brigitte Herzog, Schkopau,
OT Hohenwieden

Doris Dolle, Oschersleben
Ingrid Tietz, Dessau-Roßlau

76 Jahre

Hannelore Lingner, Gräfen-
hainichen, OT Schköna
Ursula Raap, Oschersleben
Inge Hoche, Weißenfels
Ernst Ockert, Staßfurt
Heide Schumann, Havelberg
Ursula Gänger, Burg

75 Jahre

Hannelore Klotz, Magdeburg
Waltraud Meseberg,
Groß Rosenburg
Helga Rademeier, Sandbeendorf
Gisela Nessau, Burg
Doris Wander, Zerbst

74 Jahre

Monika Kaufmann, Landsberg
Herbert Hofmann, Staßfurt
Elke Trojandt, Parey
Dr. Steffi Kohl, Halle

Ursula Ecke, Gröbzig
Antje Preuss, Wanzleben,
OT Domersleben

Sigrid Schwarzer, Weißenfels

73 Jahre

Helga Erb, Zerbst
Charlotte Klauke, Leuna
Gerd Breede, Zeitz

72 Jahre

Inge Arndt, Hohenziatz
Ursula Scheer, Salzwedel, OT Ritze

71 Jahre

Barbara Lingisleben, Segeebiet
Mansfelder Land

Margit Hansens, Arendsee,
OT Grenzien

Monika Kornetzke, Langenbogen
Dr. Norbert Uebe, Halle

Lothar Lortz, Hornhausen

Ulrich Arnold, Halle
Sabine Schönebeck, Quedlinburg,
OT Gernrode

Rolf Kühle, Schackensleben

70 Jahre
Dieter Kabelitz, Wernigerode
Wilfried Drebendstedt, Klötze,
OT Ristedt

Frank-Michael Männike, Halle
Karin Wendt, Annaburg

Adelheid Wölfel, Schönebeck

Wir gedenken der Verstorbenen

Christian Kretschmer,
Halle

Kurt Prinz,
Zahna-Elster

Dietmar Müller,
Oschersleben

Hartmut Wahl,
Quedlinburg

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantw.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius, Bärbel Riehhausen

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzügl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungswissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Matthias Müller; gültige Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2017; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation: Thomas Westermann, Bahnhofstr. 21, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net, und Partner

Seniorengruppe Saalkreis:

Fahrt nach Halberstadt

Am 22. Mai plant die Seniorengruppe der GEW-Regionalgruppe Saalkreis eine Fahrt nach Halberstadt mit Stadtrundfahrt und Dombesichtigung. Treffpunkt ist um 9.15 Uhr am Blumengeschäft im Hauptbahnhof Halle.

Anmeldungen bis 8. April bei Frau Pauli (Fon: 034602 21118) oder Frau Streuber (Fon: 034602 50459, E-Mail: streuberh@gmail.com). Bitte beachten: Bei Rücktritt können evtl. Kosten entstehen.



Neues Konto? Neue Adresse? Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

Änderungsmeldung:

Name, Vorname:

Kreisverband:

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.:

Anschrift:

Telefon:

Bankverbindung:

Kontoinhaber:

IBAN

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):
.....

Tätigkeitsbereich:

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach TVÖD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen
Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche)

Hochzeitsmarsch

Die Änschie und der Olaf haben geheiratet. Also, politisch. Lange genug hat es ja gedauert. Getreu dem Sprichwort: Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich nicht etwas bess'res findet. Leider fand sich nichts im Angebot; und so ist diese Ehe nun das letzte Aufgebot. Das sah man auch dem Brautpaar irgendwie an, als es seine Heiratsurkunde in die Kameräten hielt, um damit zu demonstrieren, dass die Ehe vollzogen wurde. Ihren Gesichtern nach war es ein Strafvollzug. Echte Liebe sieht anders aus. Die beiden guckten so bedröppelt, als kämen sie gerade aus der Paartherapie. Auch der zur Hochzeit angegereiste Onkel Horst lächelte gequält, war aber innerlich froh, dass er sie endlich unter der Haube hatte, seine Nichte von der Schwesterpartei.

In der BRD heißt es ja Schwesterpartei. Das soll bezeugen, dass die Frauen gleichberechtigt sein sollen. Gendern heißt das heute. In der DDR haben wir noch von Bruderparteien gesprochen. Das hat den Frauen aber nichts ausgemacht, weil sie da schon gleichberechtigter waren, als sie es heute sind. Und das will man jetzt ändern. Durch Gendern. Man gendert, indem man ändert. Zum Beispiel: der Fußgängerüberweg wird zur Fußgängerüberwegin, weil da ja auch Frauen drüberlaufen. Die Gleichstellungsbeauftragte der Bundesregierung wollte sogar die Nationalhymne gendern, wegen der Worte „Vaterland“ und „brüderlich“. Der Vorschlag, äh, die Vorschlagin, kam ja von einer Frau, lautete: „brüderlich“ zu ersetzen

durch „couragiert“. Wahrscheinlich weil da die „Mutter Courage“ drinsteckt. Aber die machte ja ihr Geschäft bekanntlich mit dem Krieg und verlor dabei ihre Kinder. Da hätte man auch gleich wieder „Deutschland, Deutschland über alles singen können.“ Und wenn dann noch „Vaterland“ durch „Heimatland“ ersetzt würde, würde aus der Nationalhymne quasi wieder eine Nazionalhymne. Wollte man den Frauen wirklich Ehrerbietung erweisen, hätte sich angeboten, künftig zu singen: „Denn es muss uns doch gelingen, dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.“

Aber jegliche Änderung wurde abgelehnt. Von der Kanzlerin höchstselbst. Und jetzt wissen wir auch warum:

Die erste Aufgabe ihrer neuen Regierung war es, noch mehr Söhne und Söhninnen in den Krieg marschieren zu lassen. Und wenn die

Soldaten dort nicht der Tod und die Soldatinnen die Tödin ereilt und sie nur Arme oder Beine verlieren, können sie dann immer noch für die Heimatfront...äh, das Heimatland siegen. Bei den nächsten Paralympics. Und dann weint sogar die „Mutti“. Vor Freude.

